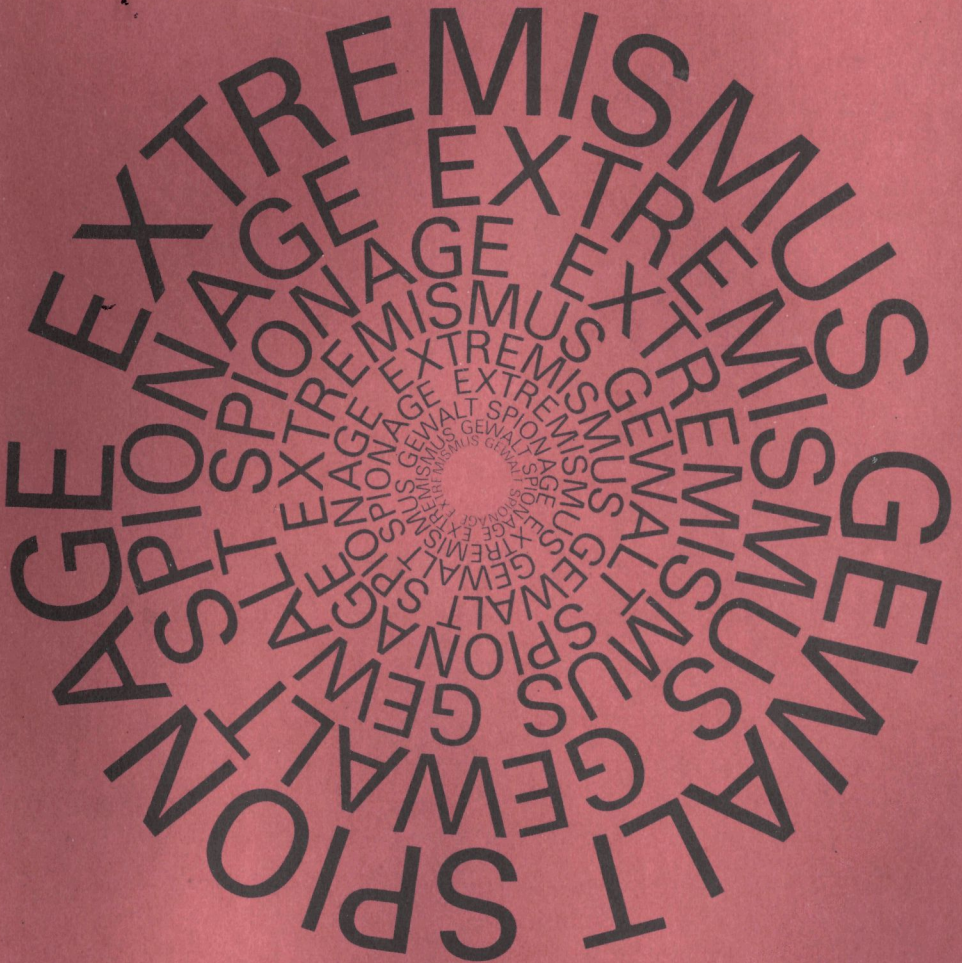




Schriftenreihe
der Landesregierung
Schleswig-Holstein

Verfassungsschutz in Schleswig- Holstein 1983



Herausgeber:
Der Innenminister des
Landes Schleswig-Holstein in
Zusammenarbeit mit dem Leiter der
Presse- und Informationsstelle
der Landesregierung

Schriften des Innenministers
Heft 26/1984

Gestaltung: Nach einer Vorlage von
i.de, Büro für Gestaltung, Stampe

Herstellung:
Lübecker Nachrichten

ISSN-Nr. 0173 - 945 X
0173 - 9441

Zum Geleit

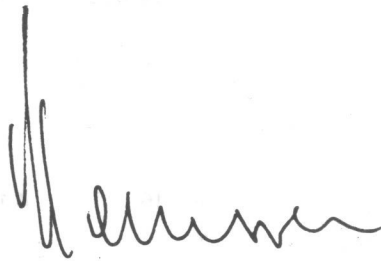
Zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung haben die Väter des Grundgesetzes den Verfassungsschutz als Teil der „wehrhaften Demokratie“ in Artikel 73 Nummer 10 des Grundgesetzes verankert. Seine Aufgabe ist es zu beobachten, inwieweit die innere Sicherheit durch Extremisten, Terroristen oder Spione gefährdet wird.

Die extremistischen Organisationen bemühen sich immer wieder unter Verdeckung ihrer wahren Absichten, mit allgemeinpolitischen Themen Sympathien bei der Bevölkerung zu erringen, so z. B. in der Friedensbewegung. Ihr Ziel ist es dabei, die Bürger zur Aufkündigung der Loyalität gegenüber dem Staat zu veranlassen. Unter Berufung auf ein vermeintliches „Widerstandsrecht“ gegenüber dem Staat fordern sie auch zum „zivilen Ungehorsam“ auf, womit überwiegend nichts anderes gemeint ist als die offene Begehung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.

Mit der jährlichen Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts informiert die Landesregierung die Öffentlichkeit über die Aktivitäten und Zielsetzungen von solchen Bestrebun-

gen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, und damit auch über die Arbeit des Verfassungsschutzes.

Der Schutz unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates kann jedoch nicht allein Aufgabe der Staatsorgane sein, sondern hierzu sind alle Demokraten aufgerufen. Deshalb soll dieser Bericht auch dazu anregen, sich mit den extremistischen Bestrebungen geistig auseinanderzusetzen, um so den Extremisten den Nährboden für ein weiteres Anwachsen ihrer Anhängerschaft zu entziehen.



Karl Eduard Claussen

Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein

22 – 24	7.	Sonstige rechtsextremistische Organisationen, Buchdienste und Verlage
22 – 23	7.1	»Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ)
23	7.2	»Notverwaltung des Deutschen Ostens – Gemeinschaft Ost- und Sudeten-deutscher Grundeigentümer und Geschädigter« (NDO/GOG)
23 – 24	7.3	»Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« (GfbAEV)
24	7.4	»Nordischer Ring« (NR)

B

Seite 25 – 44 **B. Linksextremistische Bestrebungen**

26 – 27	1.	Begriff und Wesen des Linksextremismus
27 – 30	2.	Die Situation des Linksextremismus
28	2.1	Organisationen und Anhänger
28 – 30	2.2	Linksextremistisch motivierte Straftaten
30 – 38	3.	Orthodoxe Kommunisten
30 – 31	3.1	Die DKP »in Treue fest« zur KPdSU
31 – 32	3.2	Die DKP – »diese kleine, doch mächtige Partei«

A

Seite 9 – 24

A. Rechtsextremistische Bestrebungen

- | | |
|---------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 10 | 1. Wesen des Rechtsextremismus |
| 10 – 12 | 2. Situation des Rechtsextremismus |
| 12 – 14 | 3. Übersicht in Zahlen |
| 12 | 3.1 Organisationen und Anhänger |
| 12 – 14 | 3.2 Rechtsextremistisch motivierte Straftaten |
| 14 – 19 | 4. Neonazismus |
| 14 – 18 | 4.1 Organisationen |
| 14 – 16 | 4.1.1 »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/
Nationale Aktivisten« (ANS/NA)
»Freundeskreis Deutsche Politik« (FK)
»Aktion Ausländerrückführung –
Volksbewegung gegen Überfremdung
und Umweltzerstörung« (AAR) |
| 16 | 4.1.2 »Hilfsorganisation für nationale
politische Gefangene und deren
Angehörige e. V.« (HNG) |
| 16 – 17 | 4.1.3 »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI) |
| 17 | 4.1.4 »Die Deutsche Freiheitsbewegung«
(DDF) |
| 17 – 18 | 4.1.5 »Deutsche Bürgerinitiative« (DBI) |
| 18 | 4.1.6 Ausländische neonazistische
Organisationen |
| 18 – 19 | 4.2 Multinationale Zusammenarbeit |
| 19 | 4.3 Finanzierung |
| 19 – 21 | 5. Nationaldemokratische
Organisationen |
| 19 – 20 | 5.1 »Nationaldemokratische
Partei Deutschlands« (NPD) |
| 20 – 21 | 5.2 »Bürgerinitiative Ausländerstopp« |
| 21 | 5.3 »Junge Nationaldemokratën« (JN) |
| 21 – 22 | 6. National-freiheitliche Rechte |

C

Seite 45 – 49

C. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

46

1. Internationaler Terrorismus

46 – 49

2. Politischer Ausländerextremismus

47 – 48

2.1 TÜRKEN

48

2.2 IRANER

49

2.3 Sonstige Nationalitäten

D

Seite 51 – 55

D. Spionageabwehr

52

1. Überblick

52 – 53

2. Werbung von Agenten

53

3. Aufträge an Agenten

53 – 54

4. Führung der Agenten

54

5. Enttarnungen und Verurteilungen von Agenten

54 – 55

6. Nutzung der Friedenssehnsucht – eine neue Werbungs- und Führungsvariante der Nachrichtendienste der DDR

32 – 33	3.3	Der »Friedenskampf« der orthodoxen Kommunisten
33 – 35	3.4	Die Aktivitäten orthodoxer Kommunisten in Schleswig-Holstein
35	3.5	Nebenorganisationen der DKP
35	3.5.1	»Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)
35	3.5.2	»Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)
35 – 38	3.6	Von der DKP beeinflusste Organisationen
36	3.6.1	»Deutsche Friedens-Union« (DFU)
36 – 37	3.6.2	»Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ)
37	3.6.3	»Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK)
37 – 38	3.6.4	»Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA)
38 – 43	4.	Die »Neue Linke«
38 – 39	4.1	Dogmatische »Neue Linke«
39 – 40	4.1.1	»Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)« (KPD)
40	4.1.2	»Kommunistischer Bund Westdeutschland« (KBW)
40	4.1.3	»Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)
40 – 41	4.1.4	»Kommunistischer Bund« (KB)/ »Gruppe Z«
41	4.1.5	»Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD)
41	4.1.6	»Marxistische Gruppe« (MG)
41 – 42	4.2	Die undogmatische »Neue Linke«
42	4.2.1	Die Alternativbewegung
42 – 43	4.2.2	Die Autonomenbewegung
43 – 44	5.	Linksextremistischer Terrorismus und sein Umfeld

**Gesetz
über den Verfassungsschutz im
Land Schleswig-Holstein
in der Fassung vom 14. Juni 1979**

**Abschnitt I
Gesetzliche Grundlagen des
Verfassungsschutzes**

**§ 1
Zuständigkeit**

(1) Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen. Verfassungsschutzbehörde ist der Innenminister. Er unterhält für diese Aufgaben eine besondere Abteilung.

(2) Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz bleibt unberührt.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Innenminister tätig werden.

**§ 2
Aufgaben des Verfassungsschutzes**

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,

3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirkt die Verfassungsschutzbehörde mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde berät die Dienstbehörden bei Entscheidungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes und entsprechenden tarifrechtlichen Regelungen.

**§ 3
Befugnisse und Zusammenarbeit
mit anderen Stellen**

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes, ist die Verfassungsschutzbehörde berechtigt, zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen und dabei nachrichtendienstliche Mittel anzu-

wenden. Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen der Verfassungsschutzbehörde nicht zu. Sie darf einer polizeilichen Behörde oder Dienststelle nicht angegliedert werden.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung sie zur Durchführung ihrer Aufgaben für erforderlich hält, von allen Behörden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und den sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen.

(3) Alle Behörden des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auch unaufgefordert alle Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über Bestrebungen zu vermitteln, welche die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 erfüllen.

(4) Die Gerichte und Behörden des Landes und die Verfassungsschutzbehörde leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

(5) Die Verfassungsschutzbehörde kann die ihr zugänglichen personenbezogenen Daten auch an andere als staatliche Stellen weitergeben, soweit dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder erforderlich ist.

§ 4 Bedienstete

Mit Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde darf nur betraut werden, wer nach seiner Persönlichkeit und nach seinem Verhalten die Gewähr dafür

bietet, daß er jederzeit für die Sicherung und Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eintritt. Zum Leiter der Abteilung für Verfassungsschutz darf nur berufen werden, wer die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz besitzt.

§ 5 Durchführung

Die Landesregierung kann die zur Durchführung dieses Abschnitts erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen.

Abschnitt II Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes

§ 6

(1) In Angelegenheiten des Verfassungsschutzes des Landes unterliegt die Landesregierung der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission.

(2) Die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

§ 7

(1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Parlamentarische Kontrollkommission hat Anspruch auf entsprechende Unterrichtung.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes bleibt den aufgrund von Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes von der Volksvertretung bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

§ 8

Die politische Verantwortung der Landesregierung für die Wahrnehmung der Aufgaben des Verfassungsschutzes bleibt unberührt.

§ 9

(1) Der Landtag wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte.

(2) Er bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der parlamentarischen Kontrollkommission.

(3) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

§ 10

(1) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der parlamentarischen Kontrollkommission bekanntgeworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem

Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Sitzungsunterlagen und Protokolle verbleiben im Gewahrsam der Verfassungsschutzbehörde und können nur dort von den Mitgliedern der Kommission eingesehen werden.

(3) Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

(4) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission nach Maßgabe des § 7 Abs. 2 verlangen.

Abschnitt III Inkrafttreten

§ 11

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft*).

* Die Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in seiner ursprünglichen Fassung vom 30. Mai 1950 (GVOBl. Schl.-H. S. 223). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungsvorschriften ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsvorschriften.

Rechts- extremistische Bestrebungen in Schleswig- Hölsteln 1983

A

A. Rechtsextremistische Bestrebungen

1. Wesen des Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus bildet nach wie vor keine homogene politische Bestrebung. Er ist organisatorisch zersplittert, seine einzelnen Richtungen haben weiterhin keine übereinstimmenden politischen Zielsetzungen. Darüber hinaus fehlt ein für alle akzeptabler »Führer«. Verbindendes Element aller rechtsextremistischen Bestrebungen bleibt die Ablehnung der demokratischen Staatsform. Kennzeichnend hierfür sind folgende Merkmale, die jedoch oft nur teilweise, auch nicht gleichgewichtig oder mit gleicher Schärfe bei allen rechtsextremistischen Bestrebungen festzustellen sind:

- Forderung nach einer totalitären Regierungsform unter Bevorzugung des Führerprinzips,
- die Überbewertung des »Volksganzen« bzw. der »Volksgemeinschaft« unter Zurücksetzung der Interessen des Individuums,
- Bekenntnis zu einem die Menschenrechte und den Gedanken der Völkerverständigung mißachtenden Nationalismus, meist verbunden mit Herabsetzung und Verachtung anderer Völker und Staaten,
- Vertreten rassistischer Ideen, insbesondere in der Form des Antisemitismus und der Türkenfeindlichkeit,
- Rechtfertigung und Verherrlichung des NS-Regimes unter Leugnen oder Verharmlosen nationalsozialistischen Unrechts bei gleichzeitigem Herausstellen angeblicher »besonderer Leistungen«,
- ständig wiederholte Behauptung, die demokratische Staatsform der

Bundesrepublik Deutschland habe sich als ungeeignet für die Lösung gesellschaftlicher und politischer Probleme erwiesen,

- planmäßiges Herabsetzen der Institutionen und Repräsentanten der parlamentarischen Demokratie.

Häufig werden solche oder ähnliche Forderungen und Thesen nicht offen oder nur in abgeschwächter Form vertreten. Forderungen zur »Ausländerfrage« werden von eigens zu diesem Zweck gegründeten Bürgerinitiativen »zur Ausländerbegrenzung« oder »zur Abwehr von Überfremdung« propagiert und sind durchweg gegen in der Bundesrepublik Deutschland lebende Türken gerichtet. Die rechtsextremistische Wurzel solcher Bestrebungen ist mitunter kaum noch erkennbar oder nachzuweisen.

Eine ausgeprägte Erscheinungsform des Rechtsextremismus ist der Neonazismus. Hierzu zählen alle politischen Bestrebungen, die offen oder verdeckt, ganz oder teilweise die Wiederherstellung des sogenannten Dritten Reiches anstreben, also einen völkischen, aggressiv-antisemitischen, nach dem Führerprinzip organisierten, von einer totalitären Einheitspartei beherrschten »nationalsozialistischen« Staat.

2. Situation des Rechtsextremismus

1983 entwickelte der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland keine spektakulären Aktivitäten. Allerdings ist erstmalig seit Jahren die Zahl der Mitglieder nicht unbedeutend gestiegen (s. S. 12 und 13). Schon deshalb fühlen sich viele Rechtsextremisten wieder einmal »im

Aufwind«. Im neonazistischen Bereich war dieser Trend von Konzentrationsbestrebungen begleitet. Michael KÜHNEN gelang es, in der von ihm geleiteten »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale AktivistInnen« (ANS/NA) jüngere Menschen, darunter Rechtsextremisten, insbesondere bisherige Mitglieder der »Jungen Nationaldemokraten« und »versprengte« Neonazis, zu sammeln. Eine Reihe älterer Mitglieder anderer rechtsextremistischer Organisationen und bisherige Sympathisanten traten der »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI) des Thies CHRISTOPHERSEN und der »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG) bei. Dagegen verlor die von Otto Ernst REMER geleitete »Die Deutsche Freiheitsbewegung« (DDF) etliche Mitglieder.

Die ANS/NA und ihre Unterorganisationen »Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung« (AAR) und »Freundeskreis Deutsche Politik« (FK) wurden vom Bundesminister des Innern am 7. Dezember 1983 verboten. Seitdem werden die Mitglieder, soweit sie nicht anderen rechtsextremistischen Organisationen angehören, zu den unorganisierten Neonazis gezählt.

Im ideologischen Bereich ist neben das »Weltjudentum« als bisherigem Erzfeind der außereuropäische Ausländer, insbesondere der Türke (»Kanakaker«), getreten. Außerdem vertreten – bis auf die von Dr. Gerhard FREY geführten national-freiheitlichen Organisationen – immer mehr rechtsextremistische Organisationen einen neutralistischen, nationalistisch geprägten Kurs. Sie wollen einen »eigenständigen deutschen Weg zur Erneuerung der abendländischen deut-

schen Kultur« gehen; Deutschland müsse sich, so sagen sie, von der »Knechtschaft des US- und SU-Imperialismus« befreien. Oft mündet diese Haltung in einen aggressiven Antiamerikanismus; die Bombenanschläge gegen US-Soldaten und -Einrichtungen Ende 1982 durch eine neonazistische Terrorgruppe belegen dies. Verbunden mit der Forderung nach einem »eigenständigen deutschen Weg« ist bei einigen Neonazis auch eine Abwendung von HITLER und eine Rückbesinnung auf nationalsozialistische antiimperialistische Frühformen (Gebrüder STRASSER, RÖHM). Für sie ist HITLERs Weg eine Entartung, von dogmenhafter Engstirnigkeit und als Amoklauf anzusehen (»Hitlerismus«). Dagegen findet die von einigen Neonazis vertretene ausgesprochen sowjetfreundliche Haltung, mit der man über eine enge Zusammenarbeit mit der UdSSR eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands erreichen will, nur wenig Anhänger.

Daneben finden Gedankengänge von maßgeblichen Vertretern der französischen »Neuen Rechten«, so zum Beispiel von Alain de BENOIST, im deutschen Rechtsextremismus Anklang. Ihre »Differenzierungslehre« zur Überwindung des »Egalitarismus« in den westlichen Demokratien wird von vielen deutschen Rechtsextremisten als Bestätigung ihrer neuen Position gegenüber Ausländern empfunden, weil sie das »Recht auf Verschiedenheit der Völker und Rassen und eine ungleiche Teilhabe, Stellung und Berechtigung des einzelnen in Gesellschaft und Staat entsprechend der jeweils von der Rasse, dem Volk und dem Geschlecht vererbten elitären Fähigkeiten« propagiert. Das »egalitäre System« sei Amerika, sagt

de BENOIST, wodurch er den Überzeugungen vieler deutscher Rechtsextremisten entgegenkommt; er fordert wie diese, daß der »american way of life« in Europa bekämpft werden müsse. Diese Überzeugung spiegelte sich bereits im »Aufruf zur europäischen Besinnung und zum Kulturkrieg« des deutschen »Thule-Seminars e. V.« vom November 1981 wider: »Nur wenn wir heute der Amerikanisierung entgehen, können wir der auf uns zukommenden Sowjetisierung ausweichen«.

In Schleswig-Holstein stagniert der Rechtsextremismus weiter, auch wenn er einen Mitgliederzuwachs (von 630 auf 660) zu verzeichnen hatte. Insbesondere spielen die nationaldemokratischen Organisationen mit 300 Mitgliedern und die national-freiheitlichen Organisationen trotz eines Mitgliederzuwachses auf 270 Mitglieder eine unbedeutende Rolle; größere Resonanz in der Öffentlichkeit finden sie nicht.

Neonazistische Aktivitäten waren in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern – wie auch schon in den letzten Jahren – nur in geringem Umfang festzustellen. Die zum Neonazismus gerechnete verbotene ANS/NA war in Schleswig-Holstein mit drei Kameradschaften in Kiel, Lübeck und Pinneberg mit zusammen 20 Mitgliedern vertreten, von denen die Hälfte minderjährig war. Die Tätigkeit der von Thies CHRISTOPHERSEN, Mohrkirch, geführten »Bürger- und Bauerninitiative« stagnierte sowohl in Schleswig-Holstein als auch in anderen Bundesländern.

Sonstige rechtsextremistische Organisationen, wie z. B. die »Wiking-Jugend« und die »Gesellschaft für freie Publizistik«, zeigten in Schleswig-Holstein kaum Aktivitäten.

3. Übersicht in Zahlen

3.1 Organisationen und Anhänger

1983 hat die Mitgliederzahl rechtsextremistischer Organisationen bundesweit nach einem Rückgang im Jahre 1982 wieder zugenommen. Dies beruht im wesentlichen auf dem Anstieg der Mitgliederzahlen der national-freiheitlichen Organisationen des Dr. FREY; aber auch die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) hat einen geringfügigen Mitgliederzuwachs verzeichnen können. Insgesamt hatten 1983 68 rechtsextremistische Organisationen 20 300 (1982: 19 000, 1981: 20 300) Mitglieder bzw. Anhänger. Die Zahl der darin enthaltenen neonazistischen Organisationen ging von 21 auf 16 zurück, ihre Mitgliederzahl stieg dagegen von 1050 auf 1130; 270 (1982: 250) Neonazis waren nicht organisiert.

In Schleswig-Holstein erhöhte sich die Gesamtmitglieder- bzw. Anhängerzahl der rechtsextremistischen Organisationen, was allein auf dem Mitgliederzuwachs der national-freiheitlichen Organisationen beruht. Die nationaldemokratischen Organisationen hatten einen weiteren geringen Mitgliederschwund (von 325 auf 300) zu verzeichnen. Durch das Verbot der ANS/NA sank die Zahl der Mitglieder der neonazistischen Gruppen, während gleichzeitig die Zahl der unorganisierten Neonazis anstieg.

Nach wie vor sind Rechtsextremisten zum Teil in mehreren Organisationen tätig; diese Mehrfachmitgliedschaften sind in der Tabelle (S. 13) mit 40 berücksichtigt.

3.2 Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

In der Bundesrepublik Deutschland haben auch 1983 Rechtsextremisten

durch eine Vielzahl zum Teil gewalttätiger Straftaten Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregt. Bei den Gewalttaten, wie Körperverletzung und Sachbeschädigung mit erheblicher Gewaltausübung, war eine Zunahme festzustellen. Demgegenüber ist die Zahl der Gewalttaten terroristischen Charakters deutlich zurückgegangen.

Hervorzuheben sind folgende Fälle:

- »Femegerichtsverhandlung« am 5. September in Frankfurt gegen den ANS/NA-Aktivist Andreas SACHSE, der von mehreren ANS/NA-Angehörigen schwer mißhandelt, in einen Wald gefahren und dort gefesselt ausgesetzt wurde;
- Beraubung der Zweigstelle Bad Vil-

bel/Heidelberg der Kreissparkasse Friedberg am 21. Februar durch den Neonazi Andreas WAGNER (19) mit einer Beute von ca. 38 000 DM. WAGNER gestand den Überfall nach seiner Festnahme auf der Flucht ins Ausland;

- Festnahme des Rechtsextremisten Georg MARTIN (37), nachdem bei einer polizeilichen Fahrzeugkontrolle in seinem Wagen u. a. eine geladene Maschinenpistole mit zwei gefüllten Reservemagazinen, 125 Schuß Munition, eine Schleuder mit 55 Stahlkugeln, Farbsprühdosens, Aufkleber zum Thema »Ausländerstopp« sowie ca. 40 Exemplare der neonazistischen Schrift »Unabhängige Nachrichten« gefunden wurden;

	1981				1982				1983			
	Bund		Land		Bund		Land		Bund		Land	
	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.
Neonazistische Gruppen	16	1 250	1	100	21	1 050	1	80	16	1 130*	1	60
»Nationaldemokratische« Organisationen	7	7 350	2	350	7	6 500	2	325	8	6 700	2	300
»Nationalfreiheitliche« Organisationen **	4	10 400	4	175	3	10 400	3	220	3	11 400	3	270
Sonstige Vereinigungen	44	3 300	5	85	43	2 800	3	30	41	2 600	4	40
	71	22 300	12	710	74	20 750	9	655	68	21 830	10	670
Abzug für Mehrfachmitgliedschaften		2 000		40		1 750		40		1 530		40
		20 300		670		19 000		615		20 300		630
Unorganisierte Neonazis		600		30		250		15		270		30
		20 900		700		19 250		630		20 570		660

* einschließlich ANS/NA

** Netto-Mitgliederzahl (nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der »Nationalfreiheitlichen« Organisationen)

- Hausdurchsuchung bei einem 18jährigen Mitglied der »Wiking-Jugend« am 19. Mai in Cuxhaven; es wurden mehrere Waffen, Schlagwerkzeuge und Materialien zur Herstellung von Rohrbomben sichergestellt. Der Beschuldigte gab zu, in der Nähe Cuxhavens mit anderen Jugendlichen Sprengversuche mit Fernzündung durchgeführt zu haben.

In Schleswig-Holstein wurden im letzten Jahr 85 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistisch motivierter Straftaten eingeleitet. Ihre Zahl blieb gegenüber 1982 in etwa gleich. Diese Ermittlungsverfahren betrafen

- 55 Fälle der Verwendung von Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen,
- 14 Fälle des Vorrätighaltens und Verbreitens von NS-Schriften sowie Tragens von NS-Kennzeichen,
- 5 Fälle von antisemitischer Schmähung und Beleidigung,
- 11 sonstige Straftaten, z. B. Meineid, Drohung und schwere Sachbeschädigung an Kraftfahrzeugen.

Hervorzuheben ist die brutale Mißhandlung zweier amerikanischer Studenten in der Bahnhofshalle in Lübeck durch den Führer der ANS/NA-Kameradschaft Lübeck und seinen Stellvertreter.

4. Neonazismus

4.1 Organisationen

- 4.1.1 »Aktionfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA)
- »Freundeskreis Deutsche Politik« (FK)
- »Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung« (AAR)

Beherrschende Figur des neonazistischen Lagers, insbesondere Vorbild für jüngere Neonazis, ist der Ende November 1982 nach Verbüßung einer vierjährigen Freiheitsstrafe aus der Haft entlassene Michael KÜHNEN aus Hamburg. Ihm gelang es 1983, die Mehrzahl der jüngeren aktiven Neonazis zu sammeln und auf sich einzuschwören. Er erweckte die seit 1977 bestehende »Aktionfront Nationaler Sozialisten« zu neuem Leben und vereinigte sie am 15. Januar mit den »Nationalen Aktivisten«, zwei neonazistischen Gruppen in Fulda und Frankfurt; zum Zeitpunkt des Verbots (7. Dezember) zählte diese Organisation rd. 270 Mitglieder in 32 Kameradschaften.

Zur Spendensammlung bei »Kameraden«, die aus Alters- und/oder Berufsgründen nicht aktiv in Erscheinung treten konnten oder wollten, gründete KÜHNEN den »Freundeskreis Deutsche Politik« (FK).

Um im Falle eines Verbots der ANS/NA weiterarbeiten zu können, initiierte er am 26. Juni in Mainz die Gründung der »Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung« (AAR) als »Partei«. Die AAR beteiligte sich an den hessischen Landtagswahlen im September in vier Wahlkreisen, wobei sie Ergebnisse zwischen 0,2 und 0,4 Prozent erzielte.

KÜHNEN bemühte sich, über eine intensive Öffentlichkeitsarbeit seine Organisationen bekanntzumachen, während ein Teil seiner Anhänger mehr Militanz erwartete.

Mit seiner ANS/NA übte KÜHNEN eine erhebliche Sogwirkung auf jüngere Rechtsextremisten aus; so trat in Kiel eine Reihe von Mitgliedern der »Jungen Nationaldemokraten« zur ANS/NA über. Darüber hinaus versuchte KÜHNEN, gewalttätige »Subkulturgruppen«, insbesondere Skinheads, für sich zu gewinnen und sie als militante Speerspitze und Schlägertrupp gegen Türken einzusetzen. Bezeichnend hierfür ist der »Informationsbrief zur Lage der Bewegung – Die Innere Front« vom Juli 1983, in dem die Kameradschaft Hamburg die Anweisung erhielt:

»Diese Kameradschaft hat den Auftrag, den Einfluß unserer Bewegung auf Skinheads, Fußballfans usw. auszudehnen und trägt die Hauptlast im Kampf gegen unsere militanten Gegner in Hamburg (Anarcho-Rocker).«

Ein erster Versuch anlässlich des Fußball-Länderspiels Deutschland gegen die Türkei am 26. Oktober in Berlin scheiterte an den rechtzeitig eingeleiteten Maßnahmen der Sicherheitsbehörden.

In ihrem »Frankfurter Appell« vom 15. Januar 1983 hatte die ANS/NA die Aufhebung des NS-Verbots, eine Ausländerrückführung, »Lebens- und Umweltschutz«, eine »Kulturrevolution gegen Amerikanismus« sowie einen Kampf für ein »unabhängiges sozialistisches Großdeutschland« gefordert. Entsprechend der Organisationsstruktur der NSDAP hatte KÜHNEN – ungeachtet der geringen Mitgliederzahl – zahlreiche »Ämter« mit »Führern« und »stellvertretenden Führern« eingerichtet, wie z. B. ein

»Amt für nationalsozialistische Lebensanschauung und Schulung (Schulungsamt)«, ein »Presseamt«, ein »Amt für Auslandsbeziehungen« sowie ein »Amt für Gefangenenhilfe«. Darüber hinaus gab es »Stabswachen« und Untergliederungen wie »Kameradschaften« und »Stützpunkte«.

Der Bundesinnenminister hat die ANS/NA einschließlich der AAR und des FK mit Verfügung vom 24. November 1983 verboten und damit aufgelöst. Das Verbot erfolgte in Absprache mit den Innenministern/-senatoren der Länder. Das Vermögen wurde beschlagnahmt und eingezogen.

Die Verbotsverfügung ist mit der Zustellung an den Organisationsleiter Michael KÜHNEN am 7. Dezember 1983 wirksam geworden. Mit Klage vom 3. Januar 1984 haben ANS/NA, AAR und FK beim Bundesverwaltungsgericht beantragt, die Verbotsverfügung aufzuheben und die aufschiebende Wirkung der Klage wieder herzustellen. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 3. Februar 1984 die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage abgelehnt.

Am Tag der Zustellung der Verbotsverfügung sind in allen Bundesländern die Wohnungen der Funktionäre dieser Organisationen durchsucht worden. In Schleswig-Holstein hat die Kriminalpolizei aufgrund richterlicher Verfügung insgesamt sieben Wohnungen, so die des Organisationsleiters KÜHNEN sowie die von weiteren vier Kameradschaftsführern in Pinneberg, Kiel, Lübeck und Husum durchsucht.

Dabei hat die Kriminalpolizei insbesondere bei KÜHNEN eine Mitgliederkartei, Korrespondenzen, Propagandamaterial und Literatur beschlagnahmt. Das gefundene Material bestä-

tigte, daß die verbotenen Vereinigungen die bedeutendste neonazistische Gruppierung waren, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Grundgesetzes wandte. Ihr Zweck und ihre Tätigkeit zielten auf eine Wiederherstellung und Fortsetzung der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) und ihrer »Sturmabteilung« (SA) ab. Sie sah sich als legaler Arm der nationalsozialistischen Bewegung in der neuen Generation und in der Tradition der Nationalsozialisten. Sie verfolgte ihre verfassungsfeindliche Zielsetzung in kämpferischer und aggressiver Form. Eine zunehmend militante Haltung war festzustellen.

In Schleswig-Holstein hatte die ANS/NA keine landesweite Organisation aufbauen können. Lediglich in Kiel, Lübeck und Pinneberg war sie mit drei Kameradschaften mit rd. 20 Mitgliedern und Anhängern vertreten, von denen die Hälfte minderjährig war; daneben gab es noch einzelne Mitglieder in anderen Landesteilen. Die Kieler Gruppe bestand im wesentlichen aus ehemaligen Mitgliedern der »Jungen Nationaldemokraten«; der Kameradschaftsführer war früher Mitglied der »Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend«. Erwähnenswert ist ein Aktionswochenende im Juni in Lübeck und ein Propagandamarsch durch Kiel Ende November mit jeweils wenigen Teilnehmern. Versuche, Skinheads und andere Gruppen der »Subkultur« zu vereinnahmen, wurden nur aus Lübeck und Kiel bekannt.

4.1.2 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG)

Die HNG, 1979 mit Sitz in Frankfurt

gegründet, hat es sich zur Aufgabe gemacht, »nationale politische« Gefangene und deren Angehörige durch Geldzuwendungen und ideologischen und menschlichen Zuspruch zu unterstützen. Daneben versteht sich die auf insgesamt etwa 370 Mitglieder angewachsene Organisation als Sammelbecken aller neonazistischen Organisationen und Einzelgänger.

Ihre Zusammenkünfte werden von Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik besucht. In der jüngsten Vergangenheit versuchte der Führer der verbotenen ANS/NA, Michael KÜHNEN, bestimmenden Einfluß in der HNG zu gewinnen, was zu erheblichen internen Auseinandersetzungen führte.

In Schleswig-Holstein wohnen nur wenige Mitglieder. Am 2. April fand in Garding/Kreis Nordfriesland eine von der Gesamtorganisation veranstaltete, von rd. 30 Personen besuchte öffentliche Versammlung statt.

4.1.3 »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI)

Der im Herbst 1981 vor der Vollstreckung einer neunmonatigen Gesamtfreiheitsstrafe (u. a. Verurteilung wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) nach Belgien geflohene Leiter der neonazistischen »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI), Thies CHRISTOPHERSEN, Mohrkirch, wurde von den belgischen Behörden ausgewiesen und am 26. August 1983 an der deutsch-belgischen Grenze bei Aachen festgenommen. Im Zusammenhang mit der früheren Verbreitung seiner Schriften wurde CHRISTOPHERSEN am 20. Oktober vom Landgericht Flensburg zu einer weite-

ren Haftstrafe von acht Monaten verurteilt. Am 4. November ist gegen ihn von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Flensburg Anklage wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen erhoben worden.

Seit der Flucht CHRISTOPHERSENS ins Ausland und seiner Inhaftierung stagniert die Arbeit der BBI. Sie hat in Schleswig-Holstein ca. 40 Anhänger (Bund ca. 250). Die Auflage der an CHRISTOPHERSENS Leserkreis im In- und Ausland versandten Vierteljahrespublikation »Die Bauernschaft« sank von 5000 auf ca. 4000 Exemplare. Für die Zeit der Inhaftierung CHRISTOPHERSENS wird die Redaktionsarbeit von anderen Vorstandsmitgliedern der BBI wahrgenommen.

In der Ausgabe Nr. 2/1983 der »Bauernschaft«, die zur Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Flensburg geführt hat, veröffentlichte CHRISTOPHERSEN ein Interview mit dem Vorsitzenden der inzwischen verbotenen ANS/NA, Michael KÜHNEN, in dem dieser u. a. ausführt:

»Ich befürworte ein unabhängiges, neutrales, nationalsozialistisches Gesamtdeutschland im Rahmen einer neuen Ordnung, . . . die von den Gedanken und Ideen Adolf Hitlers geprägt sein wird . . .«

Die BBI korrespondiert nach wie vor mit maßgeblichen in- und ausländischen Neonazis, so z. B. in Frankreich, in der Schweiz und in Belgien. Während seines Aufenthaltes in Belgien veranstaltete CHRISTOPHERSEN mehrere Treffen mit jeweils ca. 40 bis 60 Teilnehmern; auf einer Mitte Mai in Antwerpen durchgeführten Veranstaltung war auch die ANS/NA mit zwei Spitzenfunktionären vertreten.

4.1.4 »Die Deutsche Freiheitsbewegung« (DDF)

Obwohl Otto Ernst REMER, hervorgetreten bei der Niederschlagung des Aufstands gegen HITLER am 20. Juli 1944, seit September 1981 auf rund 30 Veranstaltungen der verschiedensten rechtsextremistischen Organisationen im Bundesgebiet bis zu jeweils 300 Zuhörer ansprechen konnte, zählt die von ihm im September 1983 gegründete »Die Deutsche Freiheitsbewegung« (DDF) nur noch rd. 70 Mitglieder, davon wohnen einige in Schleswig-Holstein. Im März 1983 sprach REMER vor rd. 70 Teilnehmern, überwiegend NPD-Mitgliedern, in Leezen/Kreis Segeberg über das Thema »Neue Wege für die Zukunft Deutschlands«.

Die DDF sieht Europa als »Lebensraum der arischen Völker« und die »Rassenfrage« als »Schlüssel zur Weltgeschichte«. Daneben fordert sie u. a.

- Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der EG und der Nato,
- Abkehr von den USA,
- deutsch-russische Allianz zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands,
- politische Annäherung an Frankreich und
- Wahrung der »bewaffneten Neutralität« Deutschlands.

Wegen seiner antiamerikanischen Haltung und seines betonten Eintretens für eine Kooperation mit Rußland ist REMER weitgehend auf Ablehnung im rechtsextremistischen Lager gestoßen. Die von ihm angestrebte »geeinte nationale Sammlungsbewegung« ist nicht zuletzt wegen seiner Gegensätze zu Michael KÜHNEN gescheitert.

4.1.5 »Deutsche Bürgerinitiative« (DBI)

Der im Juni 1982 wegen terroristischer Rädelsführerschaft zu 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Leiter der »Deutschen Bürgerinitiative« (DBI), Manfred ROEDER, versucht, durch Versand von »Briefen« auch an schleswig-holsteinische Anhänger, in denen er seine bekannten rassistischen Parolen wiederholt und bekräftigt, die DBI weiterhin am Leben zu erhalten; in seinem 37. »Brief« vom Juli 1983 erklärt er:

»Wer Juden, Zigeuner, fremde Minderheiten oder Feinde des Reiches höher achtet als die eigenen Soldaten und die Freiwilligen der Waffen-SS, der hat den Boden der natürlichen Ordnung verlassen; er bewirkt nicht Versöhnung, sondern Verachtung; er handelt nicht aus Nächstenliebe, sondern aus Haß gegen die eigene Art.«

Auch seine Ehefrau bemüht sich, den »Reichshof« in Schwarzenborn/Knüll als Versammlungszentrum der DBI finanziell zu halten, indem sie das Objekt anderen rechtsextremistischen Organisationen zur Verfügung stellt. Dennoch haben sich die Auflösungstendenzen verstärkt.

In Schleswig-Holstein wohnen nur einzelne Anhänger der DBI, von denen politische Aktivitäten nicht bekannt wurden.

4.1.6 Ausländische neonazistische Organisationen

Die von Gary Rex LAUCK, USA, geführte »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO) und der deutsch-kanadische Neonazi Ernst ZÜNDEL (»Samisdat-Verlag«) sowie der amerikanische Neonazi Georg P. DIETZ (»Der Schulungsbrief«) haben ihre Agitation durch Versen-

dung von NS-Propagandamaterial in die Bundesrepublik Deutschland, so auch an einzelne Sympathisanten in Schleswig-Holstein, fortgesetzt.

Die NSDAP-AO-Vierteljahresschrift »NS-Kampfpruf« hat den demokratischen Rechtsstaat, die Juden sowie die Türken weiterhin zum Gegenstand ihrer Agitation gemacht.

Zur Auslieferung des rechtskräftig zu einer Haftstrafe verurteilten Neonazis Thies CHRISTOPHERSEN durch Belgien an die Bundesrepublik Deutschland heißt es in der Nr. 53/83 des »NS-Kampfpruf«:

»Hierbei handelt es sich nicht um eine Abschiebung im rechts-technischen Sinne...«, »... vielmehr war die Aktion ein Gewaltakt, der ohne weiteres als Entführung bezeichnet werden kann.«

Die Nr. 51/83 stellt rechtsextremistische Schmierereien auf Wahlplakaten demokratischer Parteien in St. Peter-Ordung wie folgt dar:

»Am Marktplatz wurden Plakatwände mit Runen bemalt, die Wahlplakate der Judenpartei CDU und SPD und deren darauf abgebildete Spitzenkandidaten bekamen Hakenkreuze angezeichnet.«

Diese Ausgabe enthält außerdem eine ganzseitige Zeichnung, die einen mit einem Hakenkreuz versehenen Adler darstellt, der über eine Schlange herfällt, die das Hoheitszeichen der Türkei trägt. Der Text zu dieser Zeichnung lautet:

»Erlöse Dein Vaterland! Ausländer raus!«

4.2 Multinationale Zusammenarbeit

Auch das letztjährige Treffen europäischer Neonazis anlässlich der flämischen Volkstumsveranstaltung »Ijzerbedevaart« am 2./3. Juli in Diksmuide (Belgien) diente der Vertiefung beste-

hender Kontakte. Aus der Bundesrepublik Deutschland nahmen u. a. Anhänger der BBI und der DDF sowie rd. 60 Mitglieder der inzwischen verbotenen ANS/NA teil.

Die Beziehungen deutscher Neonazis zur französischen »Faisceaux Nationalistes Européens« (F.N.E.) wurden auf mehreren »Seminaren« vertieft.

Besonders enge Beziehungen bestehen zwischen der HNG und der Tochterorganisation der F.N.E., dem »Comité Objectif entraide et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste« (COBRA).

Die langjährigen Verbindungen zu

- der belgischen »Vlaamse Militanten Ordre« (VMO),
- den britischen Organisationen »The British Nationalist and Socialist Movement« (B.N.S.M.) und »Militant Patriots Legal Defence and Aid Fund« (MPLDAF), die ähnliche Aufgaben wie die HNG und COBRA wahrnimmt,

sowie zu neonazistischen oder anderen rechtsextremistischen Gruppen in Österreich, Schweiz, Spanien, Italien, Niederlande und Irland wurden von deutschen Neonazis weiter gepflegt.

Von schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten unterhielten vor allem Thies CHRISTOPHERSEN und einige ANS/NA-Mitglieder Verbindungen mit ausländischen Neonazis.

4.3 Finanzierung

Nach wie vor finanzieren sich neonazistische Organisationen durch Spenden und Mitgliederbeiträge, wobei die Spenden vorwiegend von älteren Personen kommen. In der Vergangenheit haben allerdings einzelne neonazistische Gruppen, wie zuletzt die Terrorgruppe HEPP/KEXEL, ihren

Finanzbedarf durch Banküberfälle und vergleichbare Straftaten gedeckt.

5. Nationaldemokratische Organisationen

5.1 »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)

Die NPD verfolgt seit ihrer Gründung im Jahre 1964 mehr oder weniger offen verfassungsfeindliche Ziele. Dies ist mehrfach auch durch die höchstrichterliche Rechtsprechung bestätigt worden. So hat das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 28. November 1980 u. a. ausgeführt:

»Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien werden unter anderem in ihrer Gesamtheit als ›schädlich, verlogen und korrupt‹ diffamiert und als Repräsentanten eines ›verroteten und verfilzten Parteibuchstaates‹ herabgesetzt. Einige Mißstände und Verfehlungen einzelner werden zum Anlaß genommen, das Wirken der Volksvertretung herabzuwürdigen und die Beseitigung der pluralistischen Gesellschaft zu fordern. Hinzu kommen die wiederkehrenden, der NPD insgesamt zuzurechnenden Bemühungen, die Verhältnisse und Geschehnisse des Dritten Reiches zu verharmlosen und zu beschönigen und die darin zum Ausdruck kommende mangelnde Distanz zum Nationalsozialismus.«

Das Bundesverwaltungsgericht kommt zu dem Ergebnis, daß sich aus allen Verlautbarungen der NPD eine Mißachtung und Ablehnung oberster Verfassungswerte erkennen lasse und daß die Partei bei ihrem tatsächlichen politischen Auftreten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung widersprechende Zielsetzungen verfolgt.

Der bisherige jahrelange Rückgang der Mitgliederzahl der NPD setzte sich im vergangenen Jahr auf Bundesebene nicht fort; zur Zeit hat die NPD rd. 6000 (1982: 5900) Mitglieder. Ihre finanzielle Lage ist weiterhin angespannt. Verursacht ist dies nicht zuletzt dadurch, daß sie jährlich 25 000 DM (auf Landesebene 6000 DM) zuviel erhaltener Wahlkampfkostenvorschüsse tilgen muß. Sie hofft, dieses »Defizit« durch ein gutes Abschneiden bei der Europawahl am 17. Juni 1984 ausgleichen zu können. Bei der Bundestagswahl am 7. März erfüllten sich solche Hoffnungen der NPD nicht; sie erreichte mit 90 900 abgegebenen Stimmen 0,2 % (1980: 68 100 Stimmen = 0,2 %).

Der Parteivorstand sieht in dem Stopp des Mitgliederschwundes und im Wahlergebnis einen Aufwärtstrend. Deshalb sollen die bisherigen zentralen Themen der Partei

- Frieden durch Wiedervereinigung,
 - Ausländerfrage,
 - Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- im Mittelpunkt ihrer Arbeit bleiben.

Insbesondere will sie den »Ausländeraus-Parolen« der Neonazis ihren »humanitären Willen« entgegenstellen, rückkehrwilligen Ausländern in deren Heimat ausreichende Lebensbedingungen zu schaffen. Daneben will sie aus der »braunen Ecke« herauskommen; »Vergangenheitsbewältigung« soll als erledigt betrachtet werden, Unvereinbarkeitsbeschlüsse sollen eine klare Grenzlinie zu neonazistischen Organisationen ziehen.

Zur Friedenssicherung verlangt die NPD nach wie vor eine Konföderation der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als Vorstufe einer Wiedervereinigung; eine damit verbundene An-

näherung an die Sowjetunion ist jedoch in der Partei umstritten.

Auf innenpolitischem Gebiet fordert die NPD die Einrichtung eines »Deutschen Friedensdienstes«, in dem junge Menschen auf freiwilliger Basis für die Allgemeinheit eingesetzt werden können, so z. B. im Wald- oder Küstenschutz.

Im Wahlkampf für die Europawahl am 17. Juni 1984 will die NPD deutlich machen, daß die »bisherige finanzielle Ausbeutung der Bundesrepublik Deutschland« durch andere EG-Staaten eine Revision der Verträge, insbesondere die Änderung der Freizügigkeitsregelung gegenüber der Türkei, notwendig mache; notfalls müsse die Bundesrepublik Deutschland aus der EG austreten. Agitationsmittel soll u. a. ein Aufkleber mit einem schwarzrot-goldenen Herzen und der Umschrift »Ein Herz für Deutschland« werden.

Der schleswig-holsteinische Landesverband der NPD und einige der Kreisverbände sind nur mit wenigen öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere im Bundestagswahlkampf, in Erscheinung getreten. Die Partei erreichte in Schleswig-Holstein mit rd. 2800 Stimmen ein geringfügig besseres Ergebnis als 1980 (rd. 2300 Stimmen).

Die Mitgliederzahl ist im Gegensatz zur Entwicklung auf Bundesebene von rd. 300 auf rd. 290 zurückgegangen.

5.2 »Bürgerinitiative Ausländerstopp«

Über die von ihr gesteuerte »Bürgerinitiative Ausländerstopp« will die NPD eine erneute Unterschriftensammlung durchführen, durch die Aussagen wie

- »Deutsche werden zur Minderheit im eigenen Land!«
- »Unsere Kinder können nicht mehr richtig lernen in Schulen, die von Ausländern überflutet werden!«
- »Es entstehen Slums wie in US-Amerika, Chicago und Harlem vor unserer Haustür!«

von Bürgern bestätigt werden sollen. Außerdem sollen durch die Unterschriftenlisten die »feinen Prediger vom Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland« aufgefordert werden:

»Verlaßt Eure Villen im Grünen! Zieht in die Ausländer-slums unserer Städte und Gemeinden! Seht Euch an, was Ihr durch die verheerende Ausländerpolitik anrichtet!«

5.3 »Junge Nationaldemokraten« (JN)

Auf Bundesebene gehören den »Jungen Nationaldemokraten« (JN) zur Zeit rd. 500 Mitglieder an; nur die Hälfte von ihnen ist aktiv. Der neue Vorsitzende der JN, Hermann LEHMANN, Uehrde (Niedersachsen), kündigte in seiner Antrittsrede auf dem Bundeskongreß der JN am 29./30. Oktober in Stuttgart eine scharfe Abgrenzung gegenüber »Skinheads, Punkern und anderen gesellschaftlichen Randgruppen« sowie zu »Personen in schwarzer Lederkleidung« an. Vielen Mitgliedern ist jedoch die NPD in ihren Aktivitäten zu »lahm«, deshalb bleibt dieser Personenkreis gegenüber neonazistischen, insbesondere gewalttätigen Bestrebungen, anfällig.

In Schleswig-Holstein haben die JN lediglich einige kleinere, kaum beachtete Informationsveranstaltungen durchgeführt; seit 1979 besteht kein Landesverband mehr. Nur im Kreis

Segeberg besteht ein Kreisverband mit etwa 10 Mitgliedern. Daneben gibt es noch einige weitere Anhänger.

6. National-freiheitliche Rechte

Der Herausgeber der »Deutschen National-Zeitung« (DNZ), Dr. Gerhard FREY, München, konnte im vergangenen Jahr infolge intensiver Werbemethoden seine Anhängerzahl bundesweit von 10 400 auf 11 400 steigern. Er hatte in seinen Bemühungen, das rechtsextremistische Lager um sich zu sammeln, bereits 1971 als Kernorganisation die »Deutsche Volksunion« (DVU) und 1972 den »Freiheitlichen Rat«, einen Zusammenschluß mehrerer rechtsextremistischer Verbände, gegründet. Er ist gleichzeitig Geschäftsführer einer weiteren, 1962 unter der Bezeichnung »Aktion Oder-Neiße« (AKON) ins Leben gerufenen, 1979 in »Aktion Deutsche Einheit – AKON e. V.« umbenannten rechtsextremistischen Organisation. Darüber hinaus gründete er aus aktuellem Anlaß weitere Aktionsgemeinschaften der DVU:

- 1979 die »Volksbewegung für Generalamnestie« (VOGA), die u. a. ein Ende der Kriegsverbrecherprozesse und eine Amnestie für Rudolf HESS fordert,
- 1980 die »Initiative für Ausländerbegrenzung« (I.f.A.), die sich gegen eine »Überfremdung Deutschlands« wendet und im Scheinasylantentum die große Gefahr eines Rassenproblems sieht,
- 1981 die »Aktion Deutsches Radio und Fernsehen« (ARF), die u. a. fordert, an die Stelle der von den »Siegern verordneten Propaganda« müsse eine freie Geschichtsforschung treten, die auch die unge-

sühnten Massenverbrechen an Deutschen einbeziehen sollte, – 1983 den »Ehrenbund RUDEL – Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten« (ER), der u. a. fordert, Anschläge auf Kriegerdenkmäler nach einem neu zu schaffen- den Gesetz hart zu bestrafen und ehemalige Angehörige der Waffen-SS mit anderen Soldaten gleichzu- stellen.

Derzeit stellen diese Organisationen die stärkste rechtsextremistische Gruppierung dar. Sprachrohr ist vor allem das DVU-Organ »Deutscher Anzeiger« (DA), das wöchentlich in einer Auflage von ca. 20 000 Exemplaren erscheint und teilweise mit der DNZ übereinstimmt. Beide artikulieren die politischen Überzeugungen Dr. FREYs und seiner Anhänger: Sie schüren Fremdenfeindlichkeit, polemisieren gegen Juden und Israel, verharmlosen oder rechtfertigen das NS-Regime. Als einzige der rechtsextremistischen Gruppierungen befürwortet die DVU die Nato-Nachrüstung.

In Schleswig-Holstein haben die DVU und ihre Aktionsgemeinschaften ihre Mitgliederzahl von 220 auf 270 steigern können. Bis auf gelegentliche, schwach besuchte Leserver- sammlungen entwickelt sie keine Aktivitäten.

7. Sonstige rechtsextremistische Organisationen, Buchdienste und Verlage

7.1 »Bund Heimattreuer Jugend« (BHI)

Kennzeichnend für die Ideologie des 1954 gegründeten BHI ist ein mit rassistischen Elementen verbunde-

ner Nationaldarwinismus. Sein ehemaliger Bundesführer Gernot MÖRIG äußerte beispielsweise, daß der Jugendliche für die Erhaltung des deutschen Volkes als einer »biokulturellen Einheit«, dessen »Angehörige durch gemeinsames Erbgut geprägt sind«, kämpfen müsse.

»Völker werden also immer miteinander ringen müssen, ein natürlicher Prozeß, der bei den sogenannten Revierkämpfen immer nur den Stärksten und Fähigsten eine Überlebenschance bietet.«

Mitglieder des BHI gestalten den »Tag der Jugend« während der jährlich stattfindenden »Norddeutschen Kulturtag« der rechtsextremistischen »Deutschen Kulturgemeinschaft« (DKG) – zuletzt am 9. April 1983 in Lüneburg.

Die Mitgliederzahl des BHI im Bundesgebiet ist 1983 auf rd. 100 Personen zurückgegangen. Seit Mitte des Jahres ist nach dem Rücktritt des erst 1982 zum Bundesführer gewählten Heinz-Gert HÖFFKES der zum Stützpunkt Kiel des BHI gehörende Michael WILL Bundesführer.

Ende des Jahres spaltete sich in Nordrhein-Westfalen eine Gruppe ab, die mit der »Kieler Führung« nicht mehr einverstanden ist, weil sie in dem Mitinhaber des eng mit dem BHI verflochtenen Arndt-Verlages Kiel und Sprecher des »Freundeskreises des BHI« und ehemaligen Bundesführer Gernot MÖRIG die beherrschende Figur des BHI sieht.

Mitglieder der Kieler BHI-Gruppe verteilten an mehreren Schulen eine weitere Ausgabe der sporadisch erscheinenden Schülerzeitung »Lisbeth« mit zum Teil fremdenfeindlichen Tendenzen. In der Schrift finden sich Anzeigen rechtsextremistischer Organisationen.

An einem Sommerlager in Dingen/ Kreis Dithmarschen beteiligten sich etwa 40 Mitglieder. Mit einer Planwagenfahrt durch das Kreisgebiet gelang es ihnen, eine gewisse Aufmerksamkeit zu erregen.

7.2 »Notverwaltung des Deutschen Ostens – Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter« (NDO/GOG)

Die GOG, 1969 als loser Zusammenschluß von Vertriebenen gegründet, bildet mit der NDO eine Gemeinschaft. Viele ihrer Anhänger gehören rechtsextremistischen Organisationen wie z. B. der NPD, den JN oder der DVU an. Das Publikationsorgan der NDO/GOG, der »Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens«, erscheint alle zwei Monate mit einer Auflage von über 3000 Exemplaren. Der Schriftleiter behauptet in dem im Frühjahr 1983 erschienenen Sonderdruck Nr. 15 u. a., die bisherigen Bundesregierungen und die Bonner Parteien hätten nach dem Zweiten Weltkrieg »sozusagen die Kriegsschuld- und Greuelpropaganda unserer Feinde« übernommen und bis zum heutigen Tage fortgesetzt. Ziel der NDO/GOG ist es, die früheren deutschen Ostgebiete mit allen politischen Mitteln wiederzuerlangen; die Ostverträge werden, da völkerrechtswidrig, als nicht bindend abgelehnt.

Seit längerem fordert die NDO/GOG in ihren Schriften dazu auf, polnische Familien und Gemeindeverwaltungen brieflich auf das Recht der Ostdeutschen auf ihren dort gelegenen Landbesitz hinzuweisen und eine entschädigungslose Wiederinbesitznahme durch den deutschen Eigentümer anzudrohen.

Im Oktober kam es zu einer Spaltung der Organisation. Eine sich abtrennende Gruppe erklärte das bisherige »Generalsekretariat« der NDO/GOG in Kiel für aufgelöst. Die »Kieler Gruppe« bleibt aber weiterhin aktiv.

In Schleswig-Holstein führte die NDO/GOG 1983 mehrere kleinere Veranstaltungen durch, an denen jeweils etwa 20, meist ältere Personen teilnahmen.

7.3 »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« (GfbAEV)

Die »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« (GfbAEV), deren Sitz sich in Ellerau/Kreis Segeberg befindet, läßt in ihrem vierteljährlich erscheinenden Publikationsorgan »Neue Anthropologie« rassistische und ausländerfeindliche Tendenzen erkennen. In einem Beitrag (Heft 4/83) heißt es:

»Die Forschung und rein pragmatische Erfahrung haben klargemacht, daß die Kultur eines Volkes, sein Wohlergehen, sein Selbstbewußtsein abhängig ist von der Reinhaltung seiner Substanz.

Eine für jede Rasse abträgliche Vermischung mit anderen Großrassen, wozu vor allen die negride und mongolide gehören, ist unbedingt zu vermeiden.

Am Beispiel der USA sehen wir, daß diese, wo jeder neunte Bürger von Nordamerika Neger, jeder achte ein Bastard ist, mit diesem Problem keineswegs fertig geworden sind.

Als sonderbare Verirrung, die die Naturgesetze mißachtet, wäre auch die geradezu bornierte Einstellung zu den Romas und Sintis zu nennen.«

Im Impressum der »Neuen Anthropologie« ist bei den Mitgliedern des

»Wissenschaftlichen Beirates« neben dem bisherigen Vorsitzenden des »Nordischen Rings« auch der Mitbegründer der französischen »Neuen Rechten«, Alain de BENOIST, genannt. Erster Vorsitzender der Gesellschaft ist der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen RIEGER, der im Januar 1983 vom Landgericht Hamburg wegen seiner Äußerung, das Warschauer Ghetto sei allein aus Gründen der Seuchenbekämpfung und nicht aus rassenideologischen Gründen errichtet worden, zu einer Geldstrafe verurteilt wurde.

7.4 »Nordischer Ring« (NR)

In der vom »Nordischen Ring« (NR), Sitz Bredstedt, herausgegebenen Vereinszeitschrift »Nordische Zukunft« (Verlagsort Hamburg) wird die Rasse höher als der jeweilige Staat eingestuft (Ausgabe 2/83). In einem von Rechtsanwalt RIEGER verfaßten Artikel heißt es, aufgrund einer der Rassenmischung gegenüber gleichgültigen Haltung würden eines Tages »gotische Dome in Moscheen umgewandelt . . ., in ihren Ruinen sizilianische Händler ihre Stände aufschlagen«.

Weiter heißt es:

». . . Da die Rasse eine so außerordentliche Bedeutung hat, ist es gerechtfertigt, sie zum Mittelpunkt der Weltanschauung zu machen . . .

. . . Rassestolz ist das wirksamste Mittel, um Rassenmischung zu verhindern . . .,«

Auf der im September in Bassum (Niedersachsen) durchgeführten Jahrestagung des »Nordischen Rings« wurde ein neuer erster Vorsitzender aus Schleswig gewählt.

Links- extremistische Bestrebungen in Schleswig-Holstein 1983

B

B. Linksextremistische Bestrebungen

1. Begriff und Wesen des Linksextremismus

Zum Linksextremismus werden alle Bestrebungen gezählt, die auf eine Beseitigung der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse gerichtet sind, um an ihre Stelle andere Formen menschlichen Zusammenlebens, vom marxistisch-leninistischen System bis hin zu anarchistischen Gesellschaftsformen, zu setzen. Ob diese von Kommunisten oder Anarchisten verfolgt werden – ihr Ziel ist im wesentlichen gleich: eine klassenlose, herrschaftsfreie Gesellschaft in Selbstverwaltung, die ihre erwirtschafteten Güter nach dem Prinzip »Jedem nach seinen Bedürfnissen« verteilt; den Staat gibt es dann – entweder sofort oder nach einer gewissen Phase – nicht mehr. Der Weg dahin ist seit jeher umstritten. Während Kommunisten als Vorstufe zunächst eine »sozialistische« Gesellschaftsform anstreben, plädieren Anarchisten für die sofortige Zerschlagung des Staates. Dementsprechend gehen auch die Meinungen über die zulässigen Mittel auseinander, wobei die Einstellung zur Gewalt häufig von taktischen Überlegungen bestimmt ist.

Diese grundlegenden ideologischen Gegensätze prägen auch heute noch das bunte Bild des Linksextremismus. Während Kommunisten zunächst die kapitalistische Gesellschaftsordnung überwinden, insbesondere das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigen wollen, halten Anarchisten es für unabdingbar, den Staat an sich und damit die Staatsgewalt zu zerschlagen, um so

die Voraussetzungen für die Bildung ihrer Idealgesellschaft zu schaffen.

Aber auch innerhalb des Kommunismus haben die Auffassungen über die »richtigen Mittel« gewechselt. Während MARX noch »den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen« (»Kommunistisches Manifest«, 1848) für notwendig hielt, hielt ENGELS zumindest in Ländern mit allgemeinem Wahlrecht einen friedlichen Weg für möglich. Dagegen wurde von LENIN der Marxsche Weg zur Befreiung des Proletariats »weiterentwickelt«, indem er Gewalt und Terror zum Bestandteil seiner Taktik machte; dieser Weg wurde von STALIN rigoros weiter beschritten. Noch konsequenter legte sich Mao TSE-TUNG auf eine Machtergreifung des Volkes durch einen bewaffneten Aufstand und Volkskrieg fest. CHRUSCHTSCHEW wiederum hielt im Hinblick auf die gesicherte Macht der sozialistischen Staaten gewaltfreie Umwälzungen für eine reale Möglichkeit der Kommunisten in anderen Ländern, auf friedlichem Wege die Mehrheit im Parlament zu erlangen und dies zu einem »Werkzeug des tatsächlichen Volkswillens« zu verwandeln; hierfür mußte er sich den Vorwurf des »Revisionismus« gefallen lassen. Alle diese »Entwicklungsstufen« des Kommunismus spiegeln sich heute noch in dem kommunistischen Teil des Linksextremismus wider.

In Anbetracht der realen Machtverhältnisse in einem etablierten Staat entwickelte sich in den letzten Jahren eine neue Revolutionstheorie, die den »gewaltfreien Aufstand« als einzig richtiges Mittel ansieht, um angesichts des hohen Standards der Waffentechnologie zu hohe Opfer zu vermeiden; GHANDI wird von den An-

hängern dieser Richtung als Ziehvater in Anspruch genommen. Ein Protagonist einer solchen »schleichenden Revolution« ist in der Bundesrepublik Deutschland, Prof. Dr. Theodor EBERT (Freie Universität Berlin), der in seinem Buch »Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg« solche Wegweisungen aufzeigt und damit zunehmend Wiederhall findet. Bei diesen am gewaltfreien Anarchismus orientierten Vorstellungen gehört die Methode zum Programm: Gewaltfreiheit wird zum ideologischen Prinzip; eine herrschaftsfreie und gewaltfreie Gesellschaft könne, so sind ihre Anhänger überzeugt, nur entwickelt werden, wenn auch ihre Entstehung ohne Gewalt erfolgt ist.

2. Die Situation des Linksextremismus

In der Erkenntnis, daß sie mit ihren programmatischen Zielen nach wie vor keinen Anklang finden, haben die verschiedenen Richtungen des Linksextremismus ihre Bemühungen intensiviert, in politischen Strömungen und Bewegungen, in denen aktuelle politische Sorgen und Ängste des Bürgers zum Ausdruck kommen, Einfluß zu gewinnen und zu behalten; solche Anstrengungen galten vor allem der Friedensbewegung als der größten Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Taktische Überlegungen, insbesondere zur Bündnispolitik und zur Legitimität oder Opportunität von Gewalt als Mittel des »Widerstandes«, hatten dabei einen höheren Stellenwert als offene Bekenntnisse zum bewaffneten Aufstand oder zum »Volkskrieg«. Um die Breite und Stärke der Bewegung nicht zu gefährden, stellten die einzel-

nen Richtungen ihre eigentlichen revolutionären Ziele zurück.

Innerhalb des extremistischen Potentials der Friedensbewegung, das nur rd. 3 Prozent ausmacht, behielten die DKP und die von ihr beeinflussten Organisationen mit ihrer Strategie gewaltfreier Aktionen zur »Verbreiterung der Friedensbewegung« gegenüber den Verfechtern einer »Intensivierung des Widerstandes«, zu denen vor allem die extremistischen Kräfte im autonomen/unabhängigen Flügel zählen, die Oberhand. Mit dieser Strategie entsprach die DKP dem Selbstverständnis aller demokratischen Kräfte in der Friedensbewegung. So gelang es ihr, den Gegensatz zwischen demokratischen und extremistischen Anhängern der Friedensbewegung in den Hintergrund zu rücken und statt dessen die Trennung zwischen »Gewaltfreien« und »Militanten« zu betonen. Dennoch nehmen Linksextremisten die Aktionen der Friedensbewegung, insbesondere die Herbstkampagne, als augenfälligen Erfolg ihrer Bestrebungen in Anspruch.

Die dogmatische »Neue Linke« konnte aufgrund ihrer personellen Schwäche und politischen Zersplitterung keine revolutionären Aktivitäten entfalten. Dementsprechend vermochte sie auch auf dem zentralen Agitationsfeld des Linksextremismus, der Friedensbewegung, keine Akzente zu setzen. Dagegen versuchten ehemalige K-Grüppler, ihre politischen Ziele in den grün-alternativen Wahlbewegungen als parlamentarischer Brückenkopf des außerparlamentarischen Widerstandes zum Tragen zu bringen. Nur die »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD) und die »Marxistische Gruppe« (MG) zeigten noch feste Strukturen.

Die Gruppierungen der undogmatischen »Neuen Linken« haben indes ihre politische Wirksamkeit erweitern können. Dies gilt vor allem für die Anhänger alternativer Veränderungsstrategien, die ihre revolutionären Bestrebungen durch die Auflösung des Grundkonsenses zwischen »Herrschenden und Beherrschten« vorantreiben wollen. Laut »Graswurzelrevolution« (Nr. 1/84) ist »ein Prozeß der Aufkündigung von Massenloyalität« in Gang gekommen.

Die »Rote Armee Fraktion« (RAF) trat im vergangenen Jahr mit Anschlägen nicht in Erscheinung. Dagegen verübten die »Revolutionären Zellen« und andere revolutionär-aktionistisch orientierte Gruppen der militanten Autonomen zahlreiche Brand- und Sprengstoffanschläge.

Versuche der RAF, der »Revolutionären Zellen« (RZ) und der militanten Autonomenbewegung, in der Friedensbewegung Fuß zu fassen, scheiterten. Auch die Bemühungen der RZ, mit einem Strategiepapier auf dem Hintergrund der Friedensbewegung aus dem Spektrum der militanten Linken neue Anhänger zu rekrutieren, waren vergeblich.

2.1 Organisationen und Anhänger

Im Lager des orthodoxen Kommunismus gab es 1983 neben den Kernorganisationen »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) und »Sozialistische Einheitspartei Westberlin« (SEW) 13 Nebenorganisationen. Die Kernorganisationen hatten auf Bundesebene weiterhin rd. 44 500 Mitglieder, wovon rd. 40 000 auf die DKP und rd. 4500 auf die SEW entfielen. Die Nebenorganisationen konnten einen leichten Anstieg auf insgesamt 27 600 Mitglieder (1982: 27 000) verzeichnen, davon gehörten 25 500 der »Sozial-

istischen Deutschen Arbeiterjugend« (SDAJ), dem »Marxistischen Studentenbund Spartakus« (MSB) und den »Jungen Pionieren« (JP) an. Die Mitgliederzahl der 52 von der DKP beeinflussten Organisationen blieb mit rd. 70 000 konstant. Ein nicht geringer Teil der Mitglieder gehört allerdings mehreren Organisationen an; dies ist in der nachfolgenden Tabelle durch Abzug von Mehrfachmitgliedschaften berücksichtigt. In Schleswig-Holstein stieg die Mitgliederzahl der orthodox-kommunistischen Kern- und Nebenorganisationen nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften auf 1700 (1982: 1650); die Mitgliederzahl der beeinflussten Organisationen stieg von 450 auf 520 Mitglieder.

Im Bereich der dogmatischen »Neuen Linken« gab es 1983 im Bundesgebiet 20 Kernorganisationen mit rd. 3400 (1982: 3900) Mitgliedern und 12 Nebenorganisationen mit rd. 1100 (1982: ebenfalls 1100) Mitgliedern. In Schleswig-Holstein sank die Mitgliederzahl der 5 dogmatischen Kernorganisationen auf rd. 200 Mitglieder (1982: 240); als Nebenorganisation war nur noch die von der KPD gegründete »Revolutionäre Gewerkschaftsopposition« (RGO) mit rd. 70 Mitgliedern (1982: 120) von Bedeutung.

Zur undogmatischen »Neuen Linken« zählten auf Bundesebene rd. 4900 Personen, wobei lediglich die Mitglieder überregionaler Gruppierungen erfaßt wurden. In Schleswig-Holstein lag die Anhängerzahl bei 350.

2.2 Linksextremistisch motivierte Straftaten

Die Zahl der Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund ist im vergangenen Jahr bundesweit leicht

	Organi- sationen	Mitglieder/Anhänger					
		1981		1982		1983	
		Bund	Land	Bund	Land	Bund	Land
1. ORTHODOXE KOMMUNISTEN							
1.1 Kernorganisationen	DKP	40000	900	40000	900	40000	950
	SEW	4500		4500		4500	
		44500		44500		44500	
1.2 Nebenorganisationen		29000	1000	27000	1000	27600	1100
davon	MSB	6000	80	6000	80	6000	80
	SDAJ	15000	600	15000	600	15000	700
	Jg. Pioniere	3500	300	3500	300	4500	300
1.3 beeinflusste Organisationen		61000	350	70000	450	70000	520
davon	VVN-BdA	12000	130	13000	200	13000	300
	DFU	2000	130	1500	130	1000	100
	DFG-VK**	15000	50*	22000	100*	21500	100*
GESAMTZAHL in Kern- und Neben- organisationen nach Abzug von Mehrfach- mitgliedschaften		54300	1650	52750	1650	52800	1700
2. DOGMATISCHE NEUE LINKE							
2.1 Kernorganisationen		5300	280	3900	240	3400	200
2.2 Nebenorganisationen		800	200	1100	120	1100	70
2.3 beeinflusste Organisationen		4500	50	4300	150	4500	150
GESAMTZAHL in Kern- und Neben- organisationen nach Abzug von Mehrfach- mitgliedschaften		4500	400	3700	300	3300	230
3. UNDOGMATISCHE NEUE LINKE		3200	300*	3700	300*	4900	350*
Summe		62000	2350	60150	2250	61000	2280

* Geschätzte Mitgliederzahl

** Die DFG-VK ist die mitgliederstärkste unter den kommunistisch beeinflussten Organisationen mit dem geringsten Anteil an Kommunisten

zurückgegangen. Innerhalb dieser haben die Straftaten mit terroristischem Einschlag etwas zugenommen.

In Schleswig-Holstein ist die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen linksextremistisch motivierter Straftaten von über 200 auf rd. 100 zurückgegangen. Die erheblich niedrigere Zahl ergibt sich aus dem Rückgang der bekanntgewordenen Schmierereien mit linksextremistischem Inhalt von über 100 auf 20. Dagegen ist die Zahl von Sprengstoff- und Brandanschlägen sowie sonstigen Sachbeschädigungen mit 37 gegenüber 38 nahezu gleich geblieben.

Gegenstand polizeilicher Ermittlungsverfahren waren weiter 7 (1982: 8) anonyme Drohbriefe oder -anrufe, 7 (1982: 3) Desinformationsschreiben, 12 (1982: 8) Demonstrationsdelikte sowie 14 Aktionen des zivilen Ungehorsams – z. B. das symbolische Zumauern des Eingangs eines Arbeitsamtes, wobei nicht in allen Fällen ein extremistischer Hintergrund erkennbar war, jedoch von der Zielrichtung her zu vermuten ist.

3. Orthodoxe Kommunisten

3.1 Die DKP »in Treue fest« zur KPdSU

Als orthodox-kommunistisch werden diejenigen Organisationen bezeichnet, die bedingungslos auf die Ideologie und die Politik der »Kommunistischen Partei der Sowjetunion« (KPdSU) eingeschworen sind. In der Bundesrepublik Deutschland ist es die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) mit ihren Nebenorganisationen. Für ihre Mitglieder gilt das

Wort des ehemaligen KPD-Vorsitzenden Ernst THÄLMANN, daß die positive Einstellung zur Sowjetunion der entscheidende Prüfstein für jeden wirklichen Kommunisten sei (These 17 des Düsseldorfer Parteitages der DKP 1971).

Die DKP hält unverändert an ihren verfassungsfeindlichen Zielen fest. Sie bezeichnet sich als die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik Deutschland, die ihre Anleitung zum Handeln auf die Theorien von MARX, ENGELS und LENIN gründet.

»Sie schafft reale Voraussetzungen dafür, daß das arbeitende Volk die Kraft und die Entschlossenheit findet, tiefgreifende antimonopolistische Umgestaltungen zu erkämpfen und sich im Klassenkampf schließlich den Weg zum Sozialismus zu öffnen.«

(DKP-Zentralorgan »Unsere Zeit« vom 12. Januar 1983)

Die DKP versteht sich als Teil der von der Sowjetunion geführten kommunistischen Weltbewegung. Danach befindet sich die Menschheit in der Epoche des weltweiten Übergangs zum Sozialismus, der von drei »revolutionären Hauptströmungen« herbeigeführt wird: dem sozialistischen Weltsystem unter der Führung der Sowjetunion, der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder und den nationalen Befreiungsbewegungen (so z. B. das Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und erster stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, SAGLADIN, in seinem Buch »Die kommunistische Weltbewegung«, Seite 63 ff.).

Ziel der kommunistischen Weltbewegung ist die weltweite Beseitigung des Kapitalismus; hierfür benötigt nach kommunistischer Auffassung je-

des Land und jedes Volk eine kommunistische Partei, die nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution von 1917 die Arbeiterklasse führt.

Diese von der DKP, bei aller tagespolitischen Moderatheit, immer vertretene starre Position ist zugleich Stärke und Schwäche der orthodoxen Kommunisten.

Einerseits können sie sich im Gegensatz zu anderen kommunistischen oder sozialrevolutionären Strömungen auf einen über viele Jahrzehnte hindurch praktizierten Sozialismus in der Sowjetunion berufen und sich an einem einfachen und überschaubaren Weltbild orientieren. Der Glaube an die Unbesiegbarkeit der Sowjetunion als »Vaterland der Werktätigen« und deren sowie die eigene Rolle im »antifaschistischen Kampf« nährt immer wieder – auch nach Rückschlägen – ihr Selbst- und Sendungsbewußtsein.

Andererseits läßt die Unterordnung unter Politik und Ideologie der KPdSU die DKP für den größten Teil der Bevölkerung, insbesondere auch der politischen »Linken«, suspekt erscheinen. Selbst das frühere Mitglied des »Kommunistischen Bundes« und jetziger Fraktionsvorsitzender der »Grün-Alternativen Liste« in Hamburg, Thomas EBERMANN, äußerte in einem Gespräch mit dem Bezirksvorsitzenden der DKP Hamburg, GEHRCKE, er

»halte daher die DKP, im politischen Kern, für keine linke, für keine emanzipatorische Kraft. Ich denke, eine Kraft, die ein Verhältnis zur Demokratie hat, wie Ihr es habt, kämpft in diesem System taktisch für mehr Demokratie, um wichtige Elemente der Demokratie abzuschaffen, wenn sie selbst an die Staatsmacht gekommen ist.«

(»Deutsche Volkszeitung/die tat« vom 6. September 1983)

Dennoch werden die DKP und ihre Nebenorganisationen wegen ihrer organisatorischen Fähigkeiten, der Einsatzbereitschaft der Mitglieder und ihrer Finanzkraft von zahlreichen anderen Gruppierungen als »Macher« in Kauf genommen. Dies zeigte sich insbesondere 1983 bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen der Friedensbewegung. Die DKP selbst schätzt insoweit ihre Rolle wie folgt ein:

»Kommunistische Bündnispolitik wird nicht in der Studierstube und nicht durch kluge Ratschläge von außen gemacht, sondern durch die Mitarbeit in den Bewegungen.«

(Willi GERNS, Mitglied des Parteivorstandes, in »Unsere Zeit« vom 17. März 1983)

Diese »bewegende Kraft« kann die DKP nur wegen der großzügigen Finanzierung durch die DDR sein. In der Tat reichen die von der DKP angegebenen Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, Spenden u. a. von rd. 16,5 Millionen DM gerade in etwa aus, um die Kosten des mit mehreren hundert hauptamtlichen Mitarbeitern besetzten Parteiapparates zu bestreiten. Die Zuschüsse aus der DDR werden von den Sicherheitsbehörden nach wie vor auf mehr als 60 Millionen DM jährlich geschätzt.

3.2 Die DKP – »diese kleine, doch mächtige Partei«

Diese heutige Selbsteinschätzung der DKP geht auf eine Äußerung von Karl MARX aus dem Jahre 1860 zurück, wonach die damals politisch reifsten Arbeiter trotz ihrer geringen Zahl »mächtig« gewesen seien, »insofern die anderen nicht wissen, was sie

wollen, oder nicht wollen, was sie wissen« (Bildungsheft der DKP, Nr. 5/1982/83). Die DKP, die »genau weiß, was sie will«, schreibt sich 15 Jahre nach ihrer Konstituierung einen wichtigen Anteil daran zu, daß die »Arbeiterklasse und ihre Bereitschaft zum Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter« gewachsen seien. Es habe sich gezeigt, daß im Unterschied zu den »in Vergessenheit geratenen K-Gruppen« die DKP »unersetzbar« sei.

Die von ihr angestrebte Schärfung des Klassenbewußtseins der Arbeiter bereitet der DKP allerdings Schwierigkeiten, so bereits bei der Definition des Begriffs »Arbeiterklasse«. Sie hat erkannt, daß das klassische Unterscheidungsmerkmal »Lohnabhängigkeit« heute ebensowenig zur Abgrenzung geeignet ist wie der Begriff »Arbeitnehmer«, der vom »Bandarbeiter von VW bis zum beamteten Staatssekretär im Innenministerium« reiche (a. a. O.).

Für die Anpassung ihrer Ideologie an die moderne Entwicklung benötigt die DKP neue Kriterien, die sie in der Formulierung »Kern der Arbeiterklasse« und in der Orientierung auf die Großbetriebe gefunden zu haben glaubt. Als »Kern der Arbeiterklasse« definiert sie jene Gruppen, bei denen die Merkmale der Arbeiterklasse »am deutlichsten« ausgeprägt sind. Diese selbst bei der DKP nicht unumstrittene Interpretation zeigt die Schwierigkeiten einer in Dogmen des vorigen Jahrhunderts befangenen Partei, in einer modernen Gesellschaft argumentieren zu müssen.

Da die Partei weiß, daß der Durchbruch zu den Wählermassen ein langwieriger, komplizierter Prozeß ist, setzt sie nach wie vor auf den »außerparlamentarischen Kampf«. Gute

Chancen für die von ihr angestrebte Aktionseinheit von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten sieht die DKP in der Verbindung der »Friedensfrage« mit dem Problem der Arbeitslosigkeit unter der Parole »Arbeitsplätze statt Raketen«. Mit großem propagandistischen Aufwand hat sich die Partei zudem der Frage der 35-Stunden-Woche angenommen, weil sie auch hier eine Möglichkeit sieht, das Thema zur »Klassenfrage« aufzubauen.

Auf der »Karl-MARX-Konferenz« im März 1983 hatte die DKP ihre Politik gegenüber den Gewerkschaften in »Thesen« deutlich gemacht. Sie zielt auf die »Klassenautonomie« der Gewerkschaften und wendet sich strikt gegen die »Sozialpartnerschaftspolitik«. Damit will sie erreichen, daß die Gewerkschaften zu Kampfverbänden gegen das »herrschende System« werden. »Erobert den Apparat« ist hierfür die Taktik (Manfred WILKE in »Exklusiv-Bericht« vom 15. September 1983 zur DKP-Gewerkschaftspolitik).

3.3 Der »Friedenskampf« der orthodoxen Kommunisten

»Im Kampf für den Frieden und die Sicherheit der Völker stützen sich die Arbeiterklasse und ihre Organisationen auf die reiche historische Erfahrung, die ruhmreichen Kampftraditionen der revolutionären proletarischen Bewegung«, heißt es in einem Artikel der sowjetischen Zeitung »Kommunist« (12/83), in dem die DKP für ihren »Friedenskampf« in der Bundesrepublik Deutschland gelobt wurde.

Die Aktivitäten der orthodoxen Kommunisten in der Friedensbewegung haben sich 1983 weiter gesteigert. Obwohl das linksextremistische Potential in der Bewegung nur auf rd.

3 % geschätzt wird, waren Kommunisten der unterschiedlichsten Richtungen – hauptsächlich jedoch orthodoxe Kommunisten – in den Entscheidungsgremien der Friedensbewegung überrepräsentiert. Hierauf haben auch Heinrich BÖLL einem Interview des Deutschlandfunks am 17. Oktober 1983 und Rudolf BAHRO in seinem Buch »Wahnsinn mit Methode« hingewiesen. Nach BAHRO ist es das eigentliche Ziel der Aktivitäten der DKP, in die Friedensbewegung die außenpolitische Position der Sowjetunion einzubringen.

Der Einfluß der orthodoxen Kommunisten in der Friedensbewegung zeigte sich insbesondere bei deren bundesweiten »Aktionskonferenzen« im April und November sowie auf mehreren »Regionalkonferenzen«. Sie gehörten daneben dem von der »Aktionskonferenz« in Köln für die Herbstaktionen gewählten Koordinierungsausschuß und dessen »Geschäftsführung« sowie den für die »Aktionswoche« im Oktober bestellten Arbeitsgruppen an und nahmen auch hier wesentlichen Einfluß auf die Planungen der einzelnen Gremien.

An der Durchführung der verschiedenen Aktionen der Friedensbewegung hatte die DKP einen wesentlichen Anteil. Sie stellte kostenlos organisatorische Hilfsmittel, Büros und Mitarbeiter zur Verfügung, kaufte größere Kontingente von Werbematerialien und organisierte Anfahrten zu den Aktionsorten. Dieses »selbstlose« Engagement führte dazu, daß frühere Rufe nach einer Ausgrenzung der DKP und ihrer »Subsysteme« nahezu verstummen. Infolgedessen konnte sie bereits im Frühjahr mit Befriedigung feststellen:

»Versuche, mit Diskussionen über Polen, Afghanistan u. a. die Friedens-

bewegung einzuengen bzw. unsere Partei »auszugrenzen«, sind gescheitert . .

Das Bewußtsein für den notwendigen und gemeinsamen Kampf gegen die Stationierung der US-Raketen steht wirklich im Zentrum aller Beratungen, Aktionen«.

(»Praxis«, Zeitschrift des Parteivorstandes der DKP, Nr. 2/83)

Um in der Friedensbewegung bündnisfähig zu bleiben und sich Vorwürfen zu entziehen, ihre Mitglieder und Sympathisanten dominierten deren »Aktionskonferenzen«, sah sich die DKP aus taktischen Gründen zu Zugeständnissen gegenüber dem autonomen/unabhängigen Flügel der Bewegung bereit. Sie nahm schließlich dessen Widerstandsformen in Kauf, beteiligte sich jedoch an dessen Aktionsvorhaben wie Blockadeaktionen gegen militärische Einrichtungen während des Ostermarsches und der bundesweiten »Aktionswoche« gegen die Nato-Nachrüstung vom 15. bis 22. Oktober mit eigenen Bezugsgruppen, um gewalttätige Ausschreitungen zu neutralisieren oder zu unterbinden. Diese Haltung entsprach der Generallinie der DKP, die Friedensbewegung durch vermittelbare Aktionen, die die »Massen« ansprechen, »zu verbreitern«.

3.4 Die Aktivitäten orthodoxer Kommunisten in Schleswig-Holstein

Zentrales Thema der schleswig-holsteinischen DKP war der »Friedenskampf« – von den Ostermärschen bis zur Herbstkampagne der Friedensbewegung. Sie versuchte, ihre Politik durch aktive Mitarbeit in zahlreichen Friedensinitiativen umzusetzen; dabei ließ sie sich zur Durchsetzung ihrer Positionen durch die von ihr beein-

flußten Organisationen, insbesondere durch die »Deutsche Friedens-Union« (DFU) und die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA), unterstützen.

Während der »Aktionswoche« im Oktober hatte die DKP den »Tag der Betriebe«, den 19. Oktober, für Schwerpunktaktionen bestimmt. Ihre Mitglieder verteilten in zahlreichen Orten des Landes Flugblätter und Betriebszeitungen, in denen auch für eine Teilnahme an der »Volksversammlung« am 22. Oktober in Hamburg geworben wurde.

Für die Blockadeaktionen in Bremerhaven und Hamburg vom 13. bis 15. Oktober entsandte die schleswig-holsteinische DKP Bezugsgruppen mit jeweils mehreren Dutzend Mitgliedern, die als Ordnungsgruppen Ausschreitungen militanter Gruppen vor Ort verhindern sollten. Solche »Sicherungsfunktionen« übernahmen schleswig-holsteinische DKP-Mitglieder auch bei der »Volksversammlung« am 22. Oktober in Hamburg. Dem zur Vorbereitung dieser Aktionen für Schleswig-Holstein zuständigen »Organisationsausschuß« gehörten überwiegend DKP-Anhänger und Angehörige des DKP-Umfeldes an.

Entsprechend der Direktive des Parteivorstandes, die Themen »Friedenskampf« und Arbeitslosigkeit zu verbinden, startete die DKP eine Kampagne gegen die »Arbeitsplatzvernichtung auf HDW«; dabei wurde anläßlich einer »Werftenkonferenz« der drei Nordbezirke der DKP (Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen) am 29. Mai in Hamburg ein »Beschäftigungsprogramm« erarbeitet, das insbesondere die »Verstaatlichung der Werftindustrie bei demokratischer

Kontrolle, vor allem durch die Wertbelegschaften selbst«, die Aufgabe der Rüstungsproduktion u. a. m. fordert. Die DKP unterstützte auch die Streikaktionen der HDW-Arbeiter in Hamburg mit Geld- und Sachspenden. Ihre Bemühungen, die von ihr so bezeichnete »Arbeitslosenbewegung« in den Griff zu bekommen, sind durchweg erfolglos geblieben; dies gilt insbesondere für die von ihr inszenierte »Arbeitslosenwoche« in Kiel. Auch hat sie in dem Zusammenschluß der »Arbeitsloseninitiativen«, dem »Landestreffen der Arbeitsloseninitiativen«, keinen bestimmten Einfluß gewinnen können. Enttäuscht zeigte sie sich auch von dem Ergebnis ihrer Bemühungen zur Bildung von »betrieblichen Friedensinitiativen«, mit denen die Partei für eine Verbindung von Arbeiter- und Friedensbewegung warb.

Zu einem weiteren Agitationsschwerpunkt erhob die DKP die von ihr behauptete zunehmende »Rechtsentwicklung« in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sieht diese in der weiteren Verschärfung der »Berufsverbotspraxis« sowie der »Einen-gung« der Privatsphäre der Bürger, wie dies im Volkszählungsgesetz und Personalausweisgesetz zum Ausdruck gekommen sei.

Anläßlich des 50. Jahrestages der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 organisierte die DKP auch in Schleswig-Holstein eine Reihe von Veranstaltungen, um durch die gezielte Behandlung dieses Themas den Vorwurf, die KPD sei vor 1933 gegen den falschen Gegner angetreten, zu widerlegen. Auf einer landesweiten Veranstaltung in Neumünster betonte der Generalsekretär der von der DKP beeinflussten VVN-BdA und Mitglied des Parteivorstandes der

DKP, Kurt ERLEBACH, dementsprechend, daß es jetzt gelte, aus der leidvollen Erfahrung jener Jahre zu lernen und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen.

Die Mitgliederzahl des Bezirksverbandes Schleswig-Holstein der DKP mit 11 Kreisorganisationen und 40 Ortsgruppen ist im vergangenen Jahr von rd. 900 auf etwa 950 Mitglieder gestiegen; das ist im wesentlichen auf die Übernahme bisheriger Mitglieder der Jugendorganisation, der »Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend« (SDAJ), zurückzuführen.

3.5 Nebenorganisationen der DKP

Von den Nebenorganisationen der DKP sind die SDAJ und die »Jungen Pioniere« durch besondere Aktivitäten in Erscheinung getreten. Mit diesen Jugendorganisationen will die DKP Jugendliche und Kinder frühzeitig politisch ausrichten und jugendpolitische Forderungen glaubhaft vertreten lassen. Aus »Jungen Pionieren« von heute sollen – so hofft die DKP – die SDAJ'ler von morgen und diese wiederum die DKP-Mitglieder von übermorgen werden.

3.5.1 »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)

Die SDAJ hat im Bundesgebiet etwa 15 000, in Schleswig-Holstein in 7 Kreis- und 45 Orts- bzw. Stadtteilgruppen rd. 700 Mitglieder, von denen etwa 30 % gleichzeitig der DKP angehören. Ihre Behauptung, 1983 allein in Schleswig-Holstein mehr als 1000 neue Mitglieder gewonnen zu haben, ist falsch; ihre Zählmethode – bloße Unterschriften unter SDAJ-Appelle wurden als Beitritt gewertet – ist selbst in eigenen Kreisen umstritten.

Schwerpunkt der Aktivitäten der SDAJ war, wie der ihrer Mutterorgani-

sation, die Beteiligung an den vielfältigen Aktionen des »Friedenskampfes«.

Sprachrohr der SDAJ ist das Jugendmagazin »elan«, in dem mit Pop und Rock ihre Politik propagiert wird; sie wirbt um „Mitstreiter, die bei witzigen, frechen Aktionen mitmachen, die nicht nur von einem besseren, schöneren Leben träumen, sondern jetzt was für diesen Traum tun wollen«. (»elan« 1/84)

3.5.2 »Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)

Den »Jungen Pionieren« gehören in der Bundesrepublik Deutschland etwa 4500, in Schleswig-Holstein rd. 300 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren an. Unter dem Motto und dem »Auftrag«, den »Frieden sichern zu helfen«, beteiligten sich »Junge Pioniere« an zahlreichen von der DKP initiierten Veranstaltungen, insbesondere Kinderfesten. Bei der von der DFU organisierten Veranstaltung »Künstler für den Frieden« am 8. Mai in Kiel wirkten sie ebenfalls mit; auch sammelten sie Unterschriften für den »Krefelder Appell«.

An den Kinderferienfahrten in die DDR, nach wie vor Schwerpunkt der »Jungen Pioniere« für Mitgliederwerbung und Beeinflussungsbemühungen, beteiligten sich aus Schleswig-Holstein wie im Vorjahr etwa 180 Kinder.

3.6 Von der DKP beeinflusste Organisationen

Durch Einflußnahme auf andere, politisch tätige Organisationen versuchen kommunistische Parteien seit jeher, auch »bürgerliche« Kräfte für ihre Politik zu gewinnen und einzusetzen. Solche Organisationen sind ent-

weder von Kommunisten gegründet oder von Kommunisten unterwandert. Entscheidendes Merkmal dieser »beeinflußten Organisationen« ist, daß die Sekretariate oder sonstigen leitenden Funktionen von Kommunisten besetzt sind.

Die Bestrebungen beeinflusster Organisationen sind vordergründig nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Grundgesetzes gerichtet; sie verfolgen Ziele, die auch von jeder beliebigen Partei oder Organisation oder auch von jedem Mann zum Inhalt grundgesetzlich geschützter politischer Meinungsäußerung und Meinungswerbung gemacht werden können. Derzeit stehen im Vordergrund die Themen Frieden und Abrüstung – so insbesondere bei der »Deutschen Friedens-Union« (DFU), der »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK) und bei dem »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ) – und die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen und angeblicher faschistischer Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland, so vor allem bei der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA).

Die in diesen Organisationen tätigen Kommunisten wollen mit ihren Aktivitäten die Ziele der DKP fördern, insbesondere das Fernziel der Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland.

3.6.1 »Deutsche Friedens-Union« (DFU)

Die wichtigste der beeinflussten Organisationen ist für die DKP die DFU, die 1960 auf Betreiben der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands«

(SED) und der seinerzeit im Untergrund tätigen KPD ins Leben gerufen wurde. Sie ist dem sowjetisch gelenkten »Weltfriedensrat« angeschlossen. Ihre Verbindungen zur KPdSU und zur SED drücken sich in regelmäßigen Zusammenkünften und Kontakten mit Vertretern dieser kommunistischen Parteien aus. Im Laufe der Jahre ist sie zu einer Funktionärsorganisation geschrumpft.

Entsprechend ihrer Einbindung in den orthodox-kommunistischen »Friedenskampf« setzte sich die DFU intensiv dafür ein, entsprechend der Forderung des »Krefelder Appells« den Nato-Nachrüstungsbeschluß »politisch undurchführbar« zu machen.

Sie hat 1982 den »Zusammenarbeitsausschuß der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein« gegründet. Seine Abhängigkeit von der DFU wurde auch dadurch deutlich, daß sich seine Geschäftsstelle in der Landesgeschäftsstelle der DFU befindet. Dieser Ausschuß war – mehrfach in direkter Zusammenarbeit mit der DKP – Initiator zahlreicher Veranstaltungen im Rahmen der Herbstkampagne. Wegen seines starken Einflusses auf Aktionen der Friedensbewegung wurde er vom Landesverband der »Grünen« kritisiert: Die DFU habe ihre Landesgeschäftsstelle in Kiel zu einem »wesentlichen Machtfaktor innerhalb der Friedensbewegung« ausgebaut, der sich jeder Kontrolle durch die verschiedenen Strömungen der Bewegung entziehe.

3.6.2 »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ)

Das 1974 unter maßgeblicher Beteiligung der DKP gegründete Komitee ist neben der DFU die wichtigste Or-

ganisation orthodoxer Kommunisten in ihrem »Friedenskampf«. Es soll als scheinbar überparteiliches Organ Nichtkommunisten für eine Zusammenarbeit mit Kommunisten mobilisieren.

Dem als Leitzentrale des KFAZ dienenden »Büro« gehören 17 Personen an, von denen die meisten persönlich oder über von der DKP beeinflusste Organisationen Mitglied des pro-sowjetischen »Weltfriedensrates« sind. Diese 1950 auf Betreiben der KPdSU gegründete weltweite Organisation ist in den Augen des pro-sowjetischen Kommunismus seine international bedeutendste »Frontorganisation«; er wird deswegen von der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU unmittelbar angeleitet. Eine enge politische und personelle Verzahnung des »Weltfriedensrates« mit dem KFAZ stellt sicher, daß seine zur Unterstützung der sowjetischen Politik initiierte und geförderte internationale Friedenskampagne auch in der Bundesrepublik Deutschland propagiert wird.

Aus Schleswig-Holstein ist Pastor Konrad LÜBBERT, der nicht der DKP angehört, sowohl persönliches Mitglied des Präsidiums des »Weltfriedensrates« als auch »Büromitglied« des KFAZ.

3.6.3 »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK)

Wesentliche Unterstützung erfährt die DKP bei ihrem »Friedenskampf« auch von der DFG-VK, die auf Bundesebene rd. 21 500 Mitglieder zählt. Dem Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein mit Sitz in Hamburg gehören rd. 100 Mitglieder aus

Schleswig-Holstein an. Während im Bundesvorstand DKP-Funktionäre und -Sympathisanten dominieren, gehören die meisten Mitglieder der DFG-VK – so auch in Schleswig-Holstein – nicht der DKP an. Die DFG-VK gehörte dem »Koordinierungsausschuß« für die Herbstaktionen der Friedensbewegung an; sie wirkte maßgeblich an dessen bundesweiten Aktionsberatungen mit.

Ihre eigentliche Aufgabe sieht die DFG-VK in der Propagierung der Kriegsdienstverweigerung; sie versuchte, diese mit den Widerstandsaktionen gegen die Nato-Nachrüstung zu verbinden. Sie unterstützte auch den bundesweiten Streik der Zivildienstleistenden gegen die Verlängerung des Zivildienstes im Januar, wozu sie auch gemeinsame Aktionen mit der »Selbstorganisation der Zivildienstleistenden« in Kiel, Lübeck und anderen Städten des Landes durchführte.

3.6.4 »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA)

Die in Schleswig-Holstein über 300 Mitglieder (Bund: 13 000) zählende VVN-BdA bezeichnet sich selbst als »aktiver Faktor« der »nationalen und internationalen Friedensbewegung« und ist darum bemüht, »die historischen Erfahrungen und Lehren des antifaschistischen Kampfes in diese Bewegung einzubringen«. Mit großem Engagement unterstützte sie den orthodox-kommunistischen »Friedenskampf«.

Einen Schwerpunkt bildete daneben die »Entlarvung« tatsächlicher oder vermeintlicher neonazistischer und faschistischer Aktivitäten unter dem Motto: »Keine faschistische Pro-

vokation ohne demokratische Gegenaktion«.

Die VVN-BdA und die DKP stimmen in politischen Grundsatzfragen weitgehend überein; sie sind auch personell eng verbunden. Mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder in Schleswig-Holstein gehört zugleich der DKP an. Der Landessekretär der VVN-BdA ist Mitglied des Bezirksvorstandes der DKP Schleswig-Holstein.

Bei ihrer Mitgliederwerbung wendet sich die VVN-BdA vor allem an Jugendliche; ihre Mitgliederstruktur befindet sich in einem Umbruch von der Generation alter Widerstandskämpfer zu jüngeren »Antifaschisten«.

4. Die »Neue Linke«

Der Begriff »Neue Linke« ist 1956 in Großbritannien aufgekommen. Zu dieser politischen Richtung zählten sich oppositionelle Strömungen in sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen, die sich als Reaktion auf das Eingreifen der Sowjets in Ungarn vom Kommunismus orthodoxer Prägung abwandten. Gegen Ende der sechziger Jahre bildeten sich dann auch in anderen westlichen Demokratien Bewegungen heraus, die sowohl den Kapitalismus als auch den »real existierenden Sozialismus« durch eine »herrschaftsfreie sozialistische Gesellschaftsordnung« ersetzen wollten.

In der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich diese Bewegung aus der außerparlamentarischen Opposition. Sie stand zunächst unter Einfluß antiautoritärer Theorien, insbesondere von MARCUSEs Psycho-Marxismus; die große »Verweigerung« war eines der Stichworte der damaligen Zeit. Hauptansatzpunkt hierfür war

die Forderung nach individueller Selbstbefreiung als Ausgangspunkt für eine gesellschaftliche Emanzipation.

Innerhalb weniger Jahre ging diese antiautoritäre Bewegung teilweise in den dogmatischen Kommunismus der »Neuen Linken« über, der zwar weiterhin den realen Sozialismus ablehnte, indessen seinen Lehrmeister in Mao TSE-TUNG gefunden zu haben glaubte. Die Blüte dieser dogmatischen »Neuen Linken«, insbesondere der K-Gruppen, hielt bis etwa 1977 an, als sich in den verschiedenen Gruppen in Kern- und Nebenorganisationen rd. 15 000 Aktivisten sammelten; heute sind es weniger als 4000 Personen.

Die zunehmende Einsicht, daß in modernen Industrienationen freiheitlicher Prägung marxistisch-leninistische Theorien und Konzepte scheitern müssen, und die Erfahrung, daß Ausbeutung und Fremdbestimmung durch die Kaderparteien noch schlimmer seien als die »Ausbeutung durch den Kapitalismus«, führten zum Niedergang dieser Gruppierungen.

4.1 Dogmatische »Neue Linke«

Die Gruppierungen der dogmatischen »Neuen Linken« konnten den seit einigen Jahren anhaltenden Schwund an Mitgliedern und damit an politischem Einfluß auch im vergangenen Jahr nicht stoppen.

»Im hundertsten Todesjahr von Karl MARX ist die demokratische Arbeiterbewegung in Westdeutschland an einen neuen Tiefpunkt in ihrer Entwicklung gekommen«, heißt es dazu in der KB-Zeitung »Arbeiterkampf« vom 2. Mai.

Versuche von Teilen der dogmatischen »Neuen Linken«, eine »Einheitsfront revolutionärer Sozialisten«

aufzubauen, sind bislang gescheitert. Bei der Bundestagswahl 1983 fanden sich lediglich der »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK) und die »Kommunistische Partei Deutschlands« (Marxisten-Leninisten)» (KPD) zu einem Bündnis zusammen. Das Wahlergebnis – in Schleswig-Holstein 496 Zweitstimmen, bundesweit 5560 Stimmen, allerdings in nur sieben Bundesländern – wurde als schwere Niederlage (»Roter Morgen« 10/83) eingestuft. Die »Marxistische Gruppe« (MG) und die »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD) hatten zu aktivem Wahlboykott aufgerufen, nachdem ihre Bemühungen um ein Wahlbündnis mit den »Grünen« und mit anderen Gruppen der dogmatischen »Neuen Linken« gescheitert waren. Der »Kommunistische Bund Westdeutschland« (KBW) und der »Kommunistische Bund« (KB) unterstützten die Kandidatur der Partei »Die Grünen«.

Die Bemühungen der KPD, für die Landtagswahl 1983 in Schleswig-Holstein ein Bündnis zustande zu bringen, führten lediglich zur Gründung der »Linken Liste Schleswig-Holstein«, in der neben KPD-Mitgliedern die MLPD und die »Demokratischen Sozialisten« mit je einem Kandidaten vertreten waren. Mit 108 Stimmen gab es ein noch schlechteres Ergebnis als bei der Bundestagswahl.

Nach Ausführungen der »Kommune« (Nr. 3) und des »Arbeiterkampf« vom 2. Mai 1983 wurde der Einzug der »Grünen« in den Deutschen Bundestag für große Teile der revolutionären Linken zum einzigen »Lichtblick« und damit die Politik der »Grünen« zur Sache der »ganzen Linken«. Mit eigenen Aktionen traten die meisten Gruppen der dogmatischen »Neuen Linken« kaum noch an die Öffentlichkeit.

Ihre Mitglieder betätigten sich vor allem in »Friedens-« und in »Volkszählungsboykott-Initiativen«.

4.1.1 »Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)« (KPD)

Die Partei wurde im Dezember 1968 u. a. durch ehemalige Mitglieder der verbotenen KPD gegründet. Die KPD tritt offen für eine gewaltsame sozialistische Revolution, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein; ihr Vorbild ist Albanien. Bundesweit ist die Mitgliederzahl von 500 auf 400 Mitglieder zurückgegangen. In Schleswig-Holstein, einer ihrer Hochburgen, gibt es noch rund 100 Mitglieder. Auch die finanzielle Lage hat sich verschlechtert. Die Versuche der Partei, eine Bündnispolitik aller revolutionären Sozialisten herbeizuführen, haben bislang nur beim »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK) Anklang gefunden.

Im »Friedenskampf« hat sich die KPD gegen Gewaltfreiheit gewandt. »Friedenskampf«, so sagt sie, sei »Klassenkampf«. Für sie gelte LENINs Wort, eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebe, die Waffen handhaben zu lernen und Waffen zu besitzen, sei nur wert, als Sklave behandelt zu werden (»Roten Morgen« vom 19. August 1983).

Die »Revolutionäre Gewerkschaftsopposition« (RGO), eine sogenannte Massenorganisation der KPD, nimmt die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Partei wahr. Ihr Einfluß stagniert; die Mitgliederzahlen sind gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen; sie betragen im Bundesgebiet 1200 und im Land rund 100 Personen, von denen jedoch nur ein ge-

ringer Teil aktiv ist. Zu spektakulären Aktionen war die RGO nicht in der Lage; sie beschränkte sich darauf, Protestaktionen von Werftarbeitern zu unterstützen.

Unter Inaktivität der Mitglieder leidet auch die »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg« (»Volksfront«), eine Tochterorganisation der KPD. Von den rund 150 Mitgliedern im Lande sind nur wenige bemüht, die Organisation am Leben zu erhalten.

Durch Parteinahme für Asylanten und Ausländer im allgemeinen versuchen sie, ein neues Wirkungsfeld zu schaffen.

Der Einfluß des BWK auf die »Volksfront« wächst; einzelne Ortsverbände werden bereits vom BWK beherrscht.

4.1.2 »Kommunistischer Bund Westdeutschland« (KBW)

Der von Studenten im Jahre 1973 gegründete KBW tritt für die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates ein. Sein Vorbild ist die »Kommunistische Partei Chinas«, jedoch gilt seit 1981 zumindest innenpolitisch eine neue »strategisch politische Konzeption einer linken Frontbildung«. Die Mitgliederzahl ist bundesweit von 500 auf 300 gesunken; im Lande gibt es nur noch rund 15 Mitglieder, nachdem es im Vorjahr noch 25 waren. Im Jahr 1983 hat sich der KBW in einen Verein umgewandelt und seinen Mitgliedern eine Mitarbeit bei den »Grünen« empfohlen. Das Eigentumsrecht an den Vermögenswerten des KBW (rund 5 Millionen DM) hat sich die zentrale Leitung der Organisation durch eine entsprechende Satzungsbestimmung gesichert. Anfang des vergangenen Jahres hat der KBW die Herausgabe der

»Kommunistischen Volkszeitung« und seines theoretischen Organs »Kommunismus und Klassenkampf« eingestellt. Statt dessen erscheint die Monatszeitschrift »Kommune – Forum für Politik und Ökologie«, die auch für andere Linksextremisten offensteht.

4.1.3 »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)

Für den im September 1980 von ehemaligen Anhängern des KBW gegründeten BWK gilt das vom KBW 1973 beschlossene und 1976 überarbeitete Programm. Damit bekennt sich der BWK zur »proletarischen Revolution«, zur »Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates« und zur »Diktatur des Proletariats«. Seine Mitgliederzahl ist im letzten Jahr von rund 500 auf rund 450 zurückgegangen; im Lande sank die Mitgliederzahl von rund 60 auf rund 50.

Zentralorgan des BWK ist die Zeitung »Politische Berichte«. Die Partei bemühte sich insbesondere im vergangenen Jahr um eine enge Zusammenarbeit aller revolutionären Sozialisten; zur Bundestagswahl 1983 kam es schon zu einem Bündnis mit der KPD; daneben sind bereits Mitglieder in die von der KPD gegründete »Volksfront« eingetreten.

Die Nebenorganisation, die »Kommunistische Hochschulgruppe« (KHG), ist ebenfalls bemüht, im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft die Zusammenarbeit mit anderen »revolutionären Hochschulorganisationen« zu vertiefen.

4.1.4 »Kommunistischer Bund« (KB)/»Gruppe Z«

Der KB wurde 1970 von Studenten gegründet. Er will den Staatsapparat gewaltsam zerschlagen und ihn

durch »rätedemokratische Strukturen« ersetzen. Die Mitgliederzahl ist bundesweit mit 500 konstant geblieben; im Land ist die Zahl von rund 30 auf rund 15 zurückgegangen. Die Aktivitäten des KB beschränkten sich 1983 im wesentlichen auf die Herausgabe des »Arbeiterkampfes«, die Mitarbeit in »antifaschistischen Arbeitskreisen«, bei der grün-alternativen Wahlbewegung und in der Friedensbewegung, in die er antiimperialistische Positionen einzubringen versuchte.

Die 1979 abgespaltene »Gruppe Z« hat sich als Organisation aufgelöst und stellt den Kern der »Initiative Sozialistische Politik« (ISP), die die Zeitung »Moderne Zeiten« herausgibt. Daneben arbeiten ehemalige „Zler“ bei den »Grünen« mit, wo sie eine »fundamentalistische Linie« vertreten und zum Teil Schlüsselpositionen einnehmen.

4.1.5 »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD)

Die aus dem »Kommunistischen Arbeiterbund Deutschland« (KABD) 1982 entstandene MLPD hat bundesweit ihre Mitgliederzahl von rund 900 auf rund 1000 erhöhen können. Ihre Ziele und Aktivitäten sind gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet. Sie kämpft auf der Basis des Marxismus-Leninismus für eine »sozialistische Revolution«, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats; sie bejaht die Anwendung von Gewalt.

Den »Friedenskampf« sieht die MLPD als »taktische Hauptaufgabe« und setzt sich für eine Kampagne »Volksbegehren für einen Volksentscheid gegen die Stationierung neuer US-Raketen« ein. Ihr Hauptziel ist die

Umwandlung der »kleinbürgerlich pazifistischen Friedensbewegung« in eine »aktive Widerstandsbewegung gegen den Atomtod« und die »Ausnutzung des Friedenskampfes für den revolutionären Sturz der Monopolherrschaft«.

In Schleswig-Holstein hat die MLPD noch nicht Fuß fassen können, auch wenn inzwischen zwei Stützpunkte in Kiel und Rendsburg mit knapp 20 Mitgliedern bestehen.

4.1.6 »Marxistische Gruppe« (MG)

Im Gegensatz zu den anderen Gruppierungen der dogmatischen »Neuen Linken« hat die MG in der jüngsten Vergangenheit eine Renaissance erlebt. Ihre Mitgliederzahl ist von rd. 1000 auf rd. 1300 gestiegen; hierbei sind mehrere tausend Sympathisanten nicht mitgezählt. Mittlerweile nimmt sie eine Sonderstellung ein. Ihre straffe innere Ordnung und ihre konspirative Arbeit entsprechen einer marxistisch-leninistischen Kaderorganisation; den Leninismus lehnt sie dennoch ab.

Sie bekämpft die Demokratie als »Staatsform der bürgerlichen Ausbeutung« und tritt dafür ein, den Staat auf dem Weg über die sozialistische Revolution abzuschaffen.

In Schleswig-Holstein existieren keine Teilorganisationen; hier wohnen nur einzelne Mitglieder.

4.2 Die undogmatische »Neue Linke«

Die undogmatische »Neue Linke« ist aus der emanzipatorischen Jugendrevolte der späten sechziger Jahre entstanden. Seit 1977 wurde sie zunehmend zur dominierenden Kraft im Bereich der »Neuen Linken«. Viele ehemalige K-Gruppen-Mitglieder bzw. -Anhänger haben sich wegen

der Erfolglosigkeit ihrer Organisationen den verschiedensten Gruppierungen der undogmatischen »Neuen Linken« angeschlossen.

Die »Undogmaten« wollen das Individuum von den »Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise« und von den »Unterdrückungsmechanismen« der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland befreien. Sie setzen auf eine herrschaftsfreie Gesellschaft mit rätekommunistischen Strukturen, die sie durch die Abschaffung des Staates oder durch eine »sozialistische Umwälzung« herbeiführen wollen; Formen und Mittel sind umstritten. Alternative Bestrebungen, für die »Gewaltfreiheit« Prinzip ist, und autonome Gruppierungen, die Gewalt für unumgänglich halten, stehen sich hierbei gegenüber.

Bundesweit zählt die undogmatische »Neue Linke« rd. 4900 Anhänger, wobei nur die in überregionalen Gruppierungen aktiven Personen erfaßt sind.

Für Schleswig-Holstein wird die Gesamtzahl der Anhänger auf rd. 350 Personen geschätzt.

4.2.1 Die Alternativbewegung

Die Alternativbewegung will ihr Ziel, eine herrschaftsfreie, basisdemokratische Gesellschaft, aus der bestehenden Gesellschaftsordnung heraus erreichen. Durch den Ausstieg aus der bürgerlichen Gesellschaft und die Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Staat müsse sich, so sagen sie, der einzelne selbst befreien und zur Keimzelle einer neuen, herrschaftsfreien Gesellschaft in selbstverwalteten Wohngemeinschaften und Alternativprojekten werden; Demokratie dürfe nicht die Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit

sein, sondern sei auf den Konsens aller angewiesen. Diese Strategie der alternativen Gesellschaftsveränderung bedürfe der Zustimmung durch die »Massen«. Daher ist es das gegenwärtige Bestreben, den bestehenden Konsens zwischen Staat und Bevölkerung zu zerstören, indem man bewußt einen Keil zwischen die »Herrschenden« und die »Massen« treibt. Unter dem Begriff »Deloyalisierung« hat diese Strategie Eingang in Teile der Friedensbewegung gefunden.

Als ein maßgeblicher Träger solcher Bestrebungen ist die »Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen« (FÖGA) zu nennen, die mit ihrer Schrift »Graswurzelrevolution« dem unabhängigen Teil der Friedensbewegung wesentliche Impulse gegeben hat; die FÖGA ist bundesweit in 100 Einzelgruppen organisiert; in Schleswig-Holstein gibt es Gruppen in Kiel, Heide, Pinneberg und Lübeck.

Anhänger anderer alternativer Bestrebungen und des »Kommunistischen Bundes« sowie der abgespaltenen »Gruppe Z« haben sich bei grün-alternativen Wahlbewegungen engagiert, was im Laufe der Zeit zum Austritt rein ökologisch motivierter Mitglieder der »Grünen« führte.

4.2.2 Die Autonomenbewegung

Die Ablehnung der bestehenden Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland hat einen Teil der undogmatischen Linken etwa seit 1981 zu der Überzeugung gelangen lassen, daß es keinen Sinn habe, gegen einzelne Mängel des Systems zu kämpfen. Der Fehler sei das System an sich. Anhänger dieser Richtung nennen sich Autonome; sie lehnen jede Berührung mit den »Herrschenden« ab. Die bürgerliche Gesellschaft bezeichnen sie schlicht als »Schweine-

system«. Ihre Ideologie ist diffus; sie lehnen jegliche Ordnung ab und befürworten Gewalt als notwendiges Mittel des Kampfes.

Nach der Mitarbeit in ökologischen Initiativen und in der »Häuserkampf-bewegung« stand 1983 der »Friedenskampf« im Mittelpunkt der Aktivitäten der Autonomen. Ihre Versuche, die Friedensbewegung von einer reinen Anti-Raketenbewegung zu einer antimilitaristischen Bewegung als Teil der Gesamtstrategie gegen Staat und Gesellschaft umzuwandeln, scheiterten, da die Autonomen wegen ihrer ideologisch begründeten Bereitschaft zur Militanz in der Friedensbewegung weitgehend auf Ablehnung stießen.

Aktionen der Autonomen richteten sich darüber hinaus gegen den »alltäglichen Faschismus«, gegen Arbeitslosigkeit und »Ausländerhetze«, gegen Knast, Repression und den »Überwachungsstaat«. Verschiedene Schriften (»die tageszeitung«, »radikal«, »(Kieler) »Statt-Zeitung«) geben Autonomen Raum für Darstellungen aktueller Ereignisse aus ihrer Sicht.

Das personelle Potential der Autonomen läßt sich kaum schätzen, da ihre Gruppierungen instabil sind. In Schleswig-Holstein sind gewaltbereite autonome Gruppen in Kiel, Lübeck, Rendsburg, Flensburg, Itzehoe und Pinneberg mit insgesamt rd. 100 Personen in wechselnder Zusammensetzung bekanntgeworden.

5. Linksextremistischer Terrorismus und sein Umfeld

Die Anfänge des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland gehen auf den Zerfall der antiautoritären studentischen Protestbewegung und auf die ersten öffentlichen Aktionen ge-

walttätiger Gruppen (Kaufhausbrand am 2. April 1968 in Frankfurt) zurück. Als terroristisch werden solche Gruppen bezeichnet, die – ausgehend von einem unüberbietbaren Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung – durch Gewalt und individuellen Terror ihre politischen Ziele einer sozialistischen Revolution durchsetzen wollen. Die Terroristen gehen dabei von einer »Propaganda der Tat« aus, von einem Primat der Praxis. Nach ihrer Auffassung kann erst durch die politische Praxis, durch einen gewaltsamen Widerstand gegen die »Gewalt der Herrschenden«, der politische Kampf einen Reifegrad erhalten (Gerd LANGGUTH in »Protestbewegung«, 1983).

Bundesweit waren bisher drei linksextremistische terroristische Gruppierungen tätig, nämlich

- die »Rote Armee Fraktion« (RAF),
- die »Revolutionären Zellen« (RZ),
- die »Bewegung 2. Juni«.

Die terroristischen Gewaltakte im Jahre 1977 (Mordanschläge auf BUBACK, PONTO, SCHLEYER) führten innerhalb der extremistischen Linken zu einer kontroversen Diskussion über die Gewaltfrage, wobei die ablehnenden Argumente in der Regel überwogen, so daß die terroristischen Gruppierungen schließlich in eine Isolation gedrängt wurden, in deren Folge sich die »Bewegung 2. Juni« 1980 auflöste.

Die RAF trat nach einer mehrjährigen Konsolidierungsphase zuletzt 1981 mit Anschlägen auf Einrichtungen der US-Streitkräfte in Ramstein und Heidelberg in Erscheinung.

Durch die Festnahme führender Mitglieder im Jahre 1982 sowie die Aushebung zahlreicher Waffen- und Materialdepots ist die RAF in ihrer Aktionsfähigkeit derart geschwächt wor-

den, daß sie keine weiteren Terroranschläge begehen konnte. Die gegenwärtige Situation darf dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich nach wie vor ein zahlenmäßig zwar kleiner, jedoch harter und entschlossener Kern, der zu Gewaltverbrechen bereit ist, noch in Freiheit befindet; etwa 15 Personen werden mit Haftbefehl gesucht, das Umfeld wird auf etwa 200 Personen geschätzt.

Im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten der RAF und ihres Umfeldes stand der Versuch, die »antiimperialistische Front« zu entwickeln. Die Bemühungen zielten vor allem auf den Bereich der militanten Autonomen und die von ihnen getragenen oder beeinflussten Initiativen. Über dieses Spektrum hoffen die RAF und ihr Umfeld, »Guerilla, Militante und politische Kämpfe« zusammenführen zu können. Dabei beschränkte sich das RAF-Umfeld nicht nur auf Agitation und bloße Mitwirkung bei Aktionen. Ihre Angehörigen begingen auch selbst Anschläge; so wurde ein Sprengstoffanschlag auf die US-Air-Base Hahn im Hunsrück am 7. August neben der Forderung nach Solidarität mit den »gefangenen Genossen« mit dem Kampf gegen den US-Imperialismus begründet.

Im Gegensatz zur RAF suchen die 1973 entstandenen »Revolutionären Zellen« (RZ) seit jeher Sympathien in der gesamten »Neuen Linken« und den »Massen«. Sie orientieren sich weitgehend an aktuellen politischen Themen wie Hausbesetzungen, Startbahn West und »Friedenskampf«. Ihre terroristischen Aktionen rechtfertigen sie immer mit vermeintlichen Volksbedürfnissen. Sie lehnen daher Mordanschläge nach dem Muster der RAF ab – den Tod des hessischen Wirtschaftsminister KARRY bezeichnen

sie in zynischer Konsequenz »als nicht einkalkulierten Zufall«.

Organisation, Struktur und Kommunikationsmöglichkeiten der »Revolutionären Zellen« sind, trotz einiger Erfolge der Sicherheitsbehörden, kaum zu verifizieren. Auch ist eine verlässliche zahlenmäßige Einschätzung des RZ-Potentials derzeit nicht möglich. Mit ihrer Konzeption, »Gegenmacht in kleinen Kernen« zu bilden, die »Verbreiterung des bewaffneten Widerstandes durch autonome Gruppen« herbeizuführen, stellen die RZ jedoch eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar. Sie propagieren dezentrale Aktionen. Diese sollen, wie es in einer Tatbekennung zu einem Anschlag auf die Ehrentribüne der Alliierten Militärparade in Berlin am 22. Mai heißt, »nicht nur im Zusammenhang mit der Stationierung von Pershing 2« durchgeführt werden, sondern sich »gegen Militär und Rüstung überhaupt« richten. Folglich waren Firmen der Verteidigungswirtschaft das Ziel weiterer Anschläge; in einigen Fällen kam es zu erheblichen Sachschäden.

Neben den Angehörigen des Umfeldes der RAF und den »Revolutionären Zellen« haben auch andere revolutionär-aktionistisch orientierte Gruppen – gelegentlich unter phantasievoller Bezeichnung – zahlreiche Anschläge verübt. Mehrere in Schleswig-Holstein im letzten Jahr begangene Brandanschläge sind dem Anschlagziel entsprechend den hier aktiven militanten Autonomen zuzurechnen. Hierzu zählt auch der Sprengstoffanschlag gegen die Firma Krupp MaK in Kiel-Friedrichsort am 4. November, bei dem ein Sachschaden von rd. 800 000 DM entstanden ist und für den ein »revolutionäres antiimperialistisches Kommando« verantwortlich zeichnete.

Sicherheits-
gefährdende
und extremistische
Bestrebungen
von Ausländern in
Schleswig-Holstein
1983

C

C. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

1. Internationaler Terrorismus

Auch 1983 haben sich politisch motivierte gewalttätige und terroristische Anschläge von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland und im benachbarten Ausland ereignet. Hervorzuheben sind folgende:

- 27. März: München, Mord an dem Jugoslawen Djuro ZAGALSKI, Mitglied einer kroatischen Emigrantenorganisation,
- 14. Juli: Brüssel, Ermordung eines türkischen Diplomaten auf offener Straße; die Tat ist einer armenischen Befreiungsorganisation zuzurechnen,
- 15. Juli: Paris, Sprengstoffanschlag auf einen Schalter der »Turkish Airlines«; 7 Tote, 55 Verletzte; zur Tat bekannten sich Anhänger einer armenischen Befreiungsorganisation,
- 29. Juli: Wolfratshausen bei München, Mord an dem Exilkroaten Stjepan DJUREKOVIC,
- 25. August: Berlin, Sprengstoffanschlag auf das französische Generalkonsulat; 1 Toter, 23 Verletzte,
- 30. Oktober: Stuttgart, Sprengstoffanschlag auf das türkische Generalkonsulat, 2000 DM Sachschaden,
- 3. Dezember: Unterthürheim, Mordanschlag auf den kroatischen Extremisten Luka KRALJEVIC.

2. Politischer Ausländerextremismus

Bei der Beurteilung des politischen Ausländerextremismus muß beachtet werden, daß sich die an der Verfassungsordnung und an den politischen Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland orientierten Begriffe »Linksextremismus« und »Rechtsextremismus« nur bedingt für die Charakterisierung und Bewertung politischer Bestrebungen von Ausländern eignen. Von den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden rd. 4,5 Millionen Ausländern haben sich lediglich rd. 3% (in Schleswig-Holstein rd. 0,9%) extremistischen Organisationen angeschlossen.

Lange Zeit knüpften ausländische Extremisten ihre Agitation an die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme ihrer Heimatländer an. Zunehmend beziehen sie jedoch – häufig gemeinsam mit deutschen Linksextremisten – auch Themen in ihre Agitation ein, die in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert werden, so vor allem

- zunehmende Arbeitslosigkeit, insbesondere von Gastarbeitern,
- vermeintlich sich verstärkende Ausländerfeindlichkeit der deutschen Bevölkerung,
- ausländerrechtliche Maßnahmen, wie z. B. gegen Asylmißbrauch und gegen den ungehemmten Nachzug von Familienangehörigen,
- militärische und wirtschaftliche Unterstützung des Nato-Verbündeten Türkei durch die Bundesrepublik Deutschland.

Dennoch haben die Aktivitäten ausländischer Extremisten weiter abgenommen. Dies dürfte wesentlich darauf zurückzuführen sein, daß

- insbesondere Türken bei auffallen-

der extremistischer Betätigung den Verlust des Arbeitsplatzes und die damit verbundene Verschlechterung ihrer sozialen Situation befürchten,

- das Verbot der linksextremistischen türkischen Organisation »Devrimci Sol« am 9. Februar durch den Bundesminister des Innern als Warnung aufgefaßt worden ist,
- die Konsolidierung der politischen Verhältnisse in der Türkei nach der Verabschiedung der türkischen Verfassung und der Wahl am 6. November politischen Zündstoff beseitigt hat,
- ein Teil der hier lebenden Iraner bei Rückkehr in ihre Heimat Repressalien fürchtet und anscheinend auch von den konsequent durchgeführten Ausweisungsmaßnahmen deutscher Behörden nach den gewalttätigen Vorfällen in Mainz im April 1982 beeindruckt ist.

Andererseits scheint die Bereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland lebender Palästinenser und Araber zu wachsen, die verhandlungsbereite und kompromißgeprägte Politik ARAFATs zu verlassen und sich der auf militärische Auseinandersetzungen und Gewaltmaßnahmen ausgerichteten Linie der PLO-Rebellen zuzuwenden.

2.1 Türken

Unter den extremistischen Ausländern stellen die Türken mit 43 000 Anhängern im Bundesgebiet (1982: 52 000) den größten Anteil; davon gehören 16 000 linksextremistischen und 27 000 rechtsextremistischen Organisationen an. Bei der Einschätzung des extremistischen Potentials ist zu beachten, daß viele Türken mit ihrer Mitgliedschaft in extremisti-

schen Organisationen sich nicht mit den Zielen oder Aktivitäten der Funktionäre identifizieren, sondern nur gesellschaftlichen Anschluß an Landsleute und Möglichkeiten zur Ausübung heimatlicher Bräuche und Unterstützung bei der Lösung sozialer Probleme suchen.

Die Mitgliederzahl extremistischer türkischer Organisationen hat sich in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr von 700 auf 800 erhöht; davon sind rd. 600 dem rechtsextremistischen, rd. 200 dem linksextremistischen Spektrum zuzuordnen. Die Zunahme im rechtsextremistischen Bereich beruht auf dem Mitgliederzuwachs der islamisch orientierten nationalistischen Organisationen, insbesondere der Gründung einer Zweigstelle des »Islamischen Zentrums Köln e. V.« in Kiel.

Auch im vergangenen Jahr beschränkten sich die Aktivitäten extremistischer Türken in Schleswig-Holstein weitgehend auf die Durchführung interner Veranstaltungen und die Verteilung von Flugblättern und Informationsschriften zu aktuellen Ereignissen und Problemen. Hervorzuheben sind folgende Aktivitäten:

- Zahlreiche Anhänger türkischer und deutscher linksextremistischer Organisationen aus Schleswig-Holstein beteiligten sich am 10. September in Köln an einer Demonstration anläßlich des 3. Jahrestages der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei.
- Mehrere hundert Mitglieder der »Türkischen Gemeinschaften« aus Hamburg, Bremen, Kiel, Lübeck und Neumünster nahmen am 2. Oktober in Schenefeld/Kreis Pinneberg an einer politischen und kulturellen Veranstaltung teil.

Als rechtsextremistische türkische Organisationen sind in Schleswig-Holstein bekannt:

- drei »Türkische Gemeinschaften« in Kiel, Lübeck und Neumünster, die der extrem-nationalistischen »Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.« (ADÜTDF) angehören,
- drei Zweigstellen der orthodox-islamischen »Islamischen Union Europa e. V.« in Kiel, Lübeck und Neumünster und
- eine Zweigstelle des »Islamischen Zentrums Köln e. V.« in Kiel.

Während die ADÜTDF die Ideologie der in der Türkei verbotenen türkischen »Partei der Nationalen Bewegung« (MHP) verbreitet, sind die »Islamische Union Europa e. V.« und das »Islamische Zentrum Köln e. V.« von den politischen Vorstellungen der in der Türkei ebenfalls verbotenen »Nationalen Heilspartei« (MSP) geprägt.

Im Bereich des Linksextremismus sind in Schleswig-Holstein außer dem »Solidaritätsverein der türkischen Arbeiter in Lübeck«, Mitgliedsverein der orthodox-kommunistisch beeinflussten »Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V.« (FIDEF), und dem der pro-albanisch orientierten Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V.« (ATÖF) zuzuordnenden »Verein der Studenten aus der Türkei in Kiel und Umgebung« keine Organisationen bekannt.

Die bisher in Kiel, Pinneberg, Flensburg und Neumünster tätigen »Solidaritäts-« bzw. »Arbeitervereine« haben sich aufgelöst.

Die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern türkischer linksextremistischer Organisationen wie auch ehemaligen Mitgliedern aufgelöster

Organisationen und deutschen Linksextremisten hat sich verstärkt. In mehreren Städten Schleswig-Holsteins, vor allem in Kiel, Flensburg, Neumünster und Lübeck, bestehen enge Verbindungen zum BWK, zur KPD, zur »Volksfront«, aber auch zur DKP. Wiederholt haben linksextremistisch eingestellte Türken an von diesen Organisationen initiierten Aktionen gegen »Faschismus«, Ausländerfeindlichkeit und ausländerrechtliche Maßnahmen deutscher Behörden teilgenommen; manche sind auch deutschen linksextremistischen Organisationen als Mitglied beigetreten.

2.2 Iraner

Von den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden rd. 33 000 Iranern verfolgen rd. 2500 extremistische Ziele; hiervon leben in Schleswig-Holstein 80, die sich in losen Zirkeln als Anhänger oder Gegner des KHOMEINI zusammengefunden haben.

Die bislang zu den Anhängern zählenden Mitglieder der orthodox-kommunistischen »Tudeh-Partei Iran« – Sektion Bundesrepublik Deutschland – sowie die ihr nahestehenden »Volksfedayin« (Mehrheit) wandten sich nach der Verhaftung führender Funktionäre im Februar und dem Verbot der »Tudeh-Partei« im Iran im Mai u. a. durch Solidaritätsveranstaltungen und Protestnoten – zum Teil mit Unterstützung durch die »Deutsche Kommunistische Partei« – an die Öffentlichkeit, um sie über die Entwicklung im Iran zu informieren.

Zu den Gegnern des KHOMEINI gehören nach wie vor insbesondere studentische Gruppen der »Neuen Linken«, wie z. B. der »Moslemischen Studentenvereinigungen – Sympathi-

santen der Organisation der Volksmohedin Iran« (MSV-W. Germany) mit dem Sitz in Köln.

2.3 Sonstige Nationalitäten

Von den Anhängern bzw. Mitgliedern extremistischer Organisationen anderer Nationalitäten wie beispielsweise

- der sozialrevolutionär-nationalistischen »Generalunion Arabischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin – Zweigstelle Kiel« (GUAS),
- dem sozialrevolutionär-nationalistischen »Palästinensischen Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin – Zweigstelle Kiel« (PSV),
- den orthodox-kommunistisch beeinflussten »Gemeinden der Griechen« in Flensburg, Pinneberg und Lübeck,
- der »Neuen Linken« mit nationalistischer Tendenz zuzurechnenden »Generalunion der Afghanen und afghanischen Studenten e. V.« (GUAfS)

sind im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein keine nennenswerten politischen Aktivitäten ausgegangen.

Spionageabwehr in Schleswig-Holstein 1983

D

D. Spionageabwehr

1. Überblick

Die Bundesrepublik Deutschland, an der Nahtstelle der Systeme und militärischen Machtblöcke gelegen, war weiterhin ein Schwerpunkt der Aufklärungstätigkeit der Ostblock-Nachrichtendienste, vor allem der Nachrichtendienste der DDR. Die für Agenten nach Westen hin offene innerdeutsche Grenze, gemeinsame Sprache und Kultur, Freizügigkeit und Gleichbehandlung aller aus der DDR einreisender Personen bieten günstige Voraussetzungen für die Spionagetätigkeit der DDR in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Anstrengungen der Ostblockstaaten, Informationen über westliche politische Entscheidungsprozesse und militärische Kräfteverhältnisse oder Planungen zu erlangen sowie den Vorsprung des Westens auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet aufzuholen, gingen unvermindert weiter. Daneben ist erwähnenswert, daß sich das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bemühte, von Schleswig-Holstein aus tätige Fluchthilfeorganisationen auszuspähen.

Im Bundesgebiet gingen im letzten Jahr rund 60% aller erkannten Spionageaktivitäten von den Nachrichtendiensten der DDR, nämlich dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) mit seiner Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) und dem Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee aus. Daneben gab es Ausspähungsbemühungen der polnischen, tschechischen, rumänischen und anderer Ostblock-Nachrichtendienste. In Schleswig-Holstein betrug der Anteil der Nachrichtendienste der DDR an der gesamten erkannten Spionagetätigkeit rund 80%;

nennenswerte Aktivitäten gingen auch von sowjetischen, polnischen und jugoslawischen Nachrichtendiensten aus.

Die Möglichkeiten, sich die notwendigen Informationen aus dem Westen zu beschaffen, sind vielfältig. Der größte Teil solcher Informationen, insbesondere aus dem politischen Bereich, auf dem Gebiet der Grundlagenforschung und der technischen Nutzanwendung, kann auf offenen Wegen erlangt werden, wie durch Auswertung von Publikationen, Erfahrungsaustausch mit Fachkollegen, Besuch politischer und wehrkundlicher Veranstaltungen oder wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Dennoch ist ein wesentlicher Teil des Potentials der Ostblock-Nachrichtendienste auf die geheime Beschaffung von politischen, wissenschaftlich-technologischen und militärischen Informationen aus den westlichen Industrieländern ausgerichtet. Diese werden über Agenten beschafft.

2. Werbung von Agenten

Auch im vergangenen Jahr erfolgten die meisten Werbungsversuche anlässlich von Geschäfts- oder Besuchsreisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in den Ostblock, insbesondere in die DDR. Die für den gesamten Ostblock geltenden strengen Einreiseformalitäten erleichtern den Ostblock-Nachrichtendiensten die Auswahl von Kandidaten für eine Ansprache, da bereits in den Anträgen für eine Einreiseerlaubnis Beruf, ausgeübte Tätigkeit, Arbeitsstelle, Wohnort und Zweck der Reise ange-

geben werden müssen; bei Besuchsreisen liefern vorherige Gespräche der Werber mit Bekannten und Verwandten des Besuchers zusätzliches Material für eigene Ansprache.

Beim ersten Kontaktgespräch geben sich Mitarbeiter der östlichen Nachrichtendienste häufig als Journalisten, Meinungsforscher, Angehörige von wirtschaftswissenschaftlichen Instituten, Studenten oder Fachkollegen aus. Besonders erfolgreich sind Werbungsversuche bei solchen Personen, die sich auf der Reise bereits strafbar gemacht haben, wie durch Mitnahme von bestimmten Gegenständen (z. B. Tonbänder, Zeitungen, Bücher etc.), Schwarzmarktgeschäfte, illegalen Devisenumtausch, Fotografieren von Militäranlagen, Abweichen von vorgeschriebenen Reiserouten, Verstoß gegen Verkehrsvorschriften oder »Republikhetze«.

Daneben spielen telefonische oder briefliche Anbahnungsversuche, in denen angeblich auf Stellengesuche oder auf Suchanzeigen nach einem Brief- oder Tauschpartner geantwortet wird, eine nicht unbedeutende Rolle.

Unter den Zielpersonen waren wiederum fast alle Berufsgruppen vertreten, ein Zeichen dafür, wie breit das Interesse östlicher Nachrichtendienste ist.

3. Aufträge an Agenten

Etwa drei Viertel der im Jahre 1983 in Schleswig-Holstein bekanntgewordenen Aufträge gegnerischer Nachrichtendienste an hier tätige Agenten wurden von den Nachrichtendiensten der DDR erteilt. 40% aller Aufträge betrafen den politischen Bereich,

ebenso viele den Bereich Wissenschaft/Technik und Wirtschaft; 10% der Aufträge zielten auf Einrichtungen und Maßnahmen der Landesverteidigung, die übrigen auf Fluchthilfeorganisationen und den Amateurfunkbereich oder betrafen Personen- und Ortsabklärungen. Die aufgetragenen Personenabklärungen dienten teils der Erprobung angebahnter Agenten, teils der Ausforschung der persönlichen Verhältnisse weiterer Zielpersonen. Wie gründlich und erfolgreich die Ostblock-Nachrichtendienste insoweit arbeiten, zeigt die Tatsache, daß im vergangenen Jahr die Nachrichtendienste der DDR mehrfach versucht haben, Bürger Schleswig-Holsteins mit dem Hinweis auf eine hohe Verschuldung für die nachrichtendienstliche Mitarbeit zu gewinnen.

4. Führung der Agenten

Die Führung der Agenten erfolgte weiterhin auf den bereits bekannten Wegen und mit den bereits bekannten Mitteln, wobei in einzelnen Fällen neue Varianten erkennbar wurden.

Nach wie vor wird die Mehrzahl der Agenten von einer Führungsstelle im Ostblock angeleitet, d. h. sie müssen in den Ostblock reisen, um dort ihre Informationen abzuliefern und ihr Honorar und neue Aufträge entgegenzunehmen; dabei werden sie auch ideologisch gefestigt und sicherheitsmäßig belehrt.

Nur hochwertige Quellen, insbesondere »Quellen im Objekt«, werden in der Bundesrepublik Deutschland oder im neutralen Ausland »abgefertigt«, da ihre Führungsstellen eine Reise in den Ostblock für zu risiko-

reich ansehen, insbesondere dann, wenn eine solche Reise nicht durch Verwandtschaftsbesuche oder geschäftliche Reisen legendiert werden kann. Mit einigen von ihnen wird auch über Kuriere oder Instrukteure Verbindung gehalten.

In anderen Fällen wird die Verbindung, mitunter auch ersatzweise, über Telefon, Postverkehr oder über Funk gehalten.

5. Enttarnungen und Verurteilungen von Agenten

In den letzten vier Jahren wurden in Schleswig-Holstein mehr als 20 für Ostblock-Nachrichtendienste tätige Agenten, Kuriere und Instrukteure enttarnt. Mehrere der aufgedeckten Fälle wurden rechtskräftig abgeurteilt. In einem Fall erhielt ein DDR-Bürger, der als Kurier bzw. Instrukteur für den militärischen Nachrichtendienst der DDR Aufträge erledigt hatte, 22 Monate Gefängnis; in einem anderen Fall wurde ein Bürger Schleswig-Holsteins, der für MfS-Mitarbeiter Hilfsdienste geleistet hatte, zu 24 Monaten Gefängnis und schließlich eine für das MfS tätig gewesene Agentin zu 4½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Zwei im Jahre 1982 zu je 22 Monaten Gefängnis verurteilte Mitarbeiter des militärischen Nachrichtendienstes der DDR sind kurz vor Weihnachten ausgetauscht worden.

Auch im vergangenen Jahr haben sich von Nachrichtendienstern des Ostblocks angesprochene oder geworbene Bürger des Landes der Spionageabwehr der Verfassungsschutzabteilung vor Erfüllung der ihnen er-

teilten Aufträge offenbart; strafrechtliche Ermittlungsverfahren wurden gegen sie nicht eingeleitet.

6. Nutzung der Friedenssehnsucht – eine neue Werbungs- und Führungsvariante der Nachrichtendienste der DDR

Schon immer wird als besonders zuverlässige Grundlage der Zusammenarbeit mit einem Agenten eine gemeinsame politische Überzeugung angesehen. Daher wirken sowohl Werber als auch Führungsoffiziere der Nachrichtendienste der DDR ständig ideologisch auf ihre »Schützlinge« ein, wobei es gleichgültig ist, ob es sich um Bürger der DDR oder der Bundesrepublik Deutschland handelt.

Bei der ideologischen Beeinflussung der Bundesbürger spielt seit einiger Zeit das Thema Frieden und Abrüstung eine besondere Rolle, um ihre allgemeine Friedenssehnsucht und ihre Furcht vor einem Atomkrieg nachrichtendienstlich auszunutzen. Beispiel hierfür ist die nachrichtendienstliche Verstrickung eines Bürgers Schleswig-Holsteins, der in den letzten Jahren regelmäßig zum Besuch seiner Verwandten in die DDR reiste und dabei Kontakte mit Mitgliedern der SED mit allgemein-politischen Gesprächen nicht vermeiden konnte. Anlässlich eines solchen Gesprächs wurde er von dem ihm seit Jahren bekannten Genossen »Bruno« in eine Gaststätte eingeladen, wobei dieser sehr bald Motivation, Aktionsformen und Auswirkungen der Friedensbewegung in der Bundesrepu-

blik Deutschland ansprach. Nach der Feststellung, daß der Wunsch nach Frieden gemeinsame Überzeugung sei und man auch selbst seinen Teil zur Erhaltung des Friedens leisten müsse, bat »Bruno« seinen Gesprächspartner, ihm alle Bewegungen von Schiffen der Nato-Staaten auf dem Nord-Ostsee-Kanal und Alarmübungen einer in der Nähe seines Wohnorts gelegenen Kaserne mitzuteilen. Die gleichzeitig angebotene Unkostenpauschale erleichterte dem Bundesbürger sein »Ja«.

Nach Erfüllung dieser als Probeaufträge gedachten Anweisungen wurde er zur Unterstützung anderer Aktivitäten des MfS im Bundesgebiet eingespannt, insbesondere für die Beschaffung von unverdächtigen Unterkünften für Reisekader des MfS. Vor kurzem konnte er enttarnt werden.

